Donnerstag, 18. Oktober.

Westfälischer Merkur.

1906. — Nr. 520.

Gegründet 1822. **Morgen-Ausgabe.** 85. Jahrgang.

Der Westfäl. Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.

Beilagen: [illegible]

Redaktion: [illegible]

Expedition: Königstraße 54. [illegible]

Verlag und Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.

Probenummern: [illegible]

Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.

Fernsprech-Anschluß: Redaktion Nr. 203, Expedition Nr. 112.

Bezugspreise:

Vierteljährlich: [illegible]

Zweimonatlich: [illegible]

Einmonatlich: [illegible]

Einzelnummer: [illegible]

Anzeigenpreise:

[illegible]

Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 54, [illegible] Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

∞ Die gute Seite der Hohenloheschen Enthüllungen

[illegible] die überzeugende Feststellung der Bündnistreue gegenüber Oesterreich-Ungarn. Für Kaiser Wilhelm II. war es bei seinen jungen Lebens- und noch jüngeren Regierungsjahren eine sehr schwierige Lage, als 1890 sein [illegible] und sein Gewissen in Konflikt kamen mit den Ansichten und [illegible] Bismarcks, und zwar nicht bloß in einer [illegible] inneren Politik, sondern auch in der Orientierung der auswärtigen Politik, als deren unübertrefflicher Meister damals noch der Fürst Bismarck allgemein galt. Soll Deutschland festhalten an geheimen Abmachungen mit Rußland, die für den Fortbestand des Bündnisses mit Oesterreich gefährlich zu werden drohen? Das war die brennende Frage von ungeheurer Tragweite. Der Kaiser entschied sich dahin, daß das Bündnis mit Oesterreich gewahrt bleiben solle, nicht bloß der Form nach, sondern in der vollen Kraft der Solidarität, die man vielfach als politische Ehe bezeichnet hat. Diese Entscheidung sollte durchaus keine Feindseligkeit gegen Rußland bedeuten. Tatsächlich ist ja auch nachher alles Mögliche geschehen, um mit Rußland eine freundliche Nachbarschaft aufrechtzuerhalten. Nur den heimlichen Rückversicherungsvertrag mußte man ablaufen lassen, weil er mit dem innigen Verhältnis zu Oesterreich nicht vereinbar war.

Die eingeschworenen Bismarckianer behaupten freilich, der Rückversicherungsvertrag sei für Deutschland von größtem Segen gewesen und habe Oesterreich keinen Anlaß zur Verstimmung geben können. Maximilian Harden, der sich so anstellt, als ob er die Bismarckische Weisheit in Erbpacht erhalten habe, versucht in der „Neuen Freien Presse" das zweihändige Spiel Bismarcks als die höchste Blüte der Staatskunst zu verherrlichen. Wir sagen zu dieser angeblichen „Feinheit": Allzu scharf macht schartig! Die Scharte war schon damals deutlich zu sehen. Oesterreich war mißtrauisch geworden. Darum freute man sich an der Donau, als der zuverlässige Caprivi die Leitung der deutschen Politik übernahm.

„Bismarcks Ziel", so belehrt uns Herr Harden, „war, keine der beiden Wagschalen sinken, keine in die Höhe schnellen und es nicht dahin kommen zu lassen, daß von Petersburg oder von Wien aus ein Druck auf uns geübt werden könne." In Wirklichkeit hätte diese zweiseitige Politik bei längerem Fortbestehen dahin führen müssen, daß von beiden Seiten auf uns ein Druck ausgeübt werden konnte, während wir selbst von keiner Seite etwas sicheres zu hoffen hatten. Es wäre uns wie dem Hund in der Aesop'schen Fabel gegangen: in dem Bestreben, zwei Stücke Fleisch zu schnappen, hätten wir beide verloren. Denn Oesterreich konnte sich unmöglich zufrieden geben mit einer „Freundschaft", die für den Ernstfall eines Zusammenstoßes mit Rußland am Balkan unbedingte Neutralität zugesichert hatte, und die russische Bundesgenossenschaft hätte uns für den Verlust des Freundes an der Donau keinen Ersatz geboten.

Von der Minderwertigkeit der russischen Macht, die sich jetzt so entsetzlich deutlich gezeigt hat, wollen wir schon gar nicht reden. Aber die Zuverlässigkeit Rußlands mangelte ja auch offensichtlich. Rußland hatte schon damals mit Frankreich angebändelt, und es hätte natürlich in ebenso schlauer Weitherzigkeit wie sie Fürst Bismarck bekundete, seinerseits die Rückversicherung mit der deutschfeindlichen Westmacht weiter betrieben. Da waren wir hübsch abhängig geworden von der Gnade der Machthaber an der Newa, von denen schon im Jahre 1875 im Reichstag gesagt werden mußte, daß sie das Zünglein in der europäischen Wage bildeten. Es kam noch besonders in Betracht, daß das russische Volk trotz allen „Weltfriedens" um seine Gunst entschieden deutschfeindlich war und blieb. Fürst Bismarck glaubte, durch Vorlegung von Aktenstücken den Zaren Alexander III. wieder mit Vertrauen auf seine Politik erfüllt zu haben. Das blieb zweifelhaft. Aber unzweifelhaft war und blieb der Haß der Russen gegen Deutschland.

Hohenlohe berichtet, daß man im Auswärtigen Amt zu den Fehlern Bismarcks in erster Linie den Berliner Kongreß von 1878 gerechnet habe. In der Tat hat die große Rolle, die damals Berlin und sein Kanzler in der Weltpolitik spielten, sich verhängnisvoll erwiesen, indem die Russen die Schuld an den Opfern, die ihnen England auferlegte, der Berliner Politik zuschrieben. Dieser Eindruck läßt sich nicht wieder verwischen. Welch' eine Gefahr für Deutschland, wenn wir uns auf Gnade und Ungnade den haßerfüllten Nachbarn im Osten überliefert hätten.

Wir sind nicht isoliert, so lange Oesterreich zu uns steht. Und daß es bei der alten Treue bleibe, dafür werden die Enthüllungen mitwirken.

.*. Der Schulkampf in Oesterreich.

Auch Oesterreich hat seinen Schulkampf, der seit einigen Monaten unter der Führung der Los von Rom-Agitatoren ganz besonders heftig entbrannt ist und die Katholiken zu ganz energischer Gegenwehr aufgerüttelt hat. Freilich ist er dort etwas anders geartet als bei uns in Preußen und im Deutschen Reiche, aber er will uns noch viel gefährlicher und folgenschwerer dünken als der unsrige. Während nämlich bei uns die konfessionelle Ausgestaltung der Volksschule im Vordergrunde der Debatten steht, will man in Oesterreich den christlichen oder sagen wir besser: den katholischen Geist und die religiös-sittliche Erziehung vollständig aus der Volksschule verbannen. Zur Durchführung dieser Bestrebungen hat sich in der österreichischen Monarchie ein eigener Verein gebildet unter dem Namen „Freie Schule". In diesem Verein finden sich nun alle Elemente zusammen, die, selber bar jeglichen Glaubens und Feind der religiös-sittlichen Erziehung, auch von den Kindern in der Schule alles fernzuhalten sich bestreben, was sie religiös erheben und sittlich beeinflussen könnte. Daher geht ihre Tätigkeit in Versammlungen und Schriften dahin, die Eltern zu bestimmen, ihre Kinder von allen Gebeten und religiösen Uebungen fernzuhalten. Kurz und treffend ist das Ziel des Vereins in einem Flugblatt niedergelegt, das jüngst sämtlichen liberalen Blättern beigelegt und in Tausenden von Exemplaren in Stadt und Land unter dem Volke verteilt wurde. Nach einem Appell an die Eltern, ihre Kinder zur Kirche und zu den religiösen Uebungen nur dann zuzulassen, wenn es ihnen dienlich erscheine, folgt eine fertig gedruckte Erklärung, welche von den Eltern bloß ausgefüllt, abgetrennt und an die betreffende Schulleitung gesandt zu werden braucht.

Dieselbe lautet:

Erklärung.

An die Leitung der öffentlichen . . . . Schule in . . . .

Ich erkläre hiermit, daß das meiner elterlichen (vormundschaftlichen) Gewalt unterstehende Kind . . . . . der . . . . . Klasse, von nun an den von der Schule angeordneten religiösen Uebungen (Schulgebet, Kirchengang, Beichte, Prozessionen, Bittgänge) nicht mehr teilnehmen wird.

. . . . den . . 1906. . . . . .

Unterschrift.

Die Berechtigung einer solchen Handlungsweise der Eltern leitet der Verein, wie er in dem Flugblatt sagt und auch in den Versammlungen immer hervorhebt, aus dem § 14 des Staatsgrundgesetzes her, welcher lautet: „Niemand kann zu einer kirchlichen Handlung oder zur Teilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden, insofern er nicht der nach dem Gesetze hierzu berechtigten Gewalt eines andern untersteht." Daraus folgert nun der Verein, daß es „einzig und allein den Eltern zustehe zu bestimmen, ob ihre Kinder an den religiösen Uebungen (Schulgebet, Schulmesse, Beichte usw.) teilzunehmen haben oder nicht." Diese Auffassung ist aber total verkehrt, denn offenbar liegt die „Gewalt", der die Schulkinder nach dem Gesetze unterstehen nicht blos in den Händen der Eltern, sondern sämtlicher vom Staate anerkannten Erziehungsfaktoren, also auch der Schulleiter. Und somit hat der Staat bezw. die Schulleitung auch das Recht, die Kinder, welche die Volksschulen besuchen, zur Teilnahme an den religiösen Uebungen der Schule anzuhalten, ohne mit dem Staatsgrundgesetz in Konflikt zu geraten.

Mit dieser Beeinflussung der Eltern ist aber die Tätigkeit des Vereins nicht erschöpft. Er erstrebt vielmehr die Einrichtung eigener sog. „freien Schulen", in denen die Kinder „frei von jedem religiösen Zwange" und frei von jeder sittlichen Beeinflussung gebildet und unterrichtet werden sollen. So hat er denn bereits zwei Privatschulen in Wien übernommen, die nach seinen Grundsätzen als „Musterschulen" eingerichtet werden sollen. Allein auch hierin hat er bisher, dank der bestehenden Gesetzesordnung, kein Glück gehabt. Jede Volksschule, auch die in Oesterreich zu recht bestehende Privatschule, bedarf der Anerkennung des Staates. Dieser staatlichen Anerkennung muß aber die Bestätigung des Stunden- und Lehrplanes der betr. Schule vorangehen. Hierzu wird aber in Oesterreich erfordert, daß der Religionsunterricht von einem Geistlichen oder einer von der geistlichen Behörde dazu beauftragten Lehrperson erteilt werde. Und weil dies von der geistlichen Behörde für die „freien Schulen" rundweg abgelehnt wird und grundsätzlich abgelehnt werden muß, so kann zunächst der Lehrplan nicht genehmigt werden und somit fällt auch die Bestätigung der ganzen Schule fort. Aus diesem Grunde ringt der Verein schon über ein Jahr lang um die Anerkennung seiner zwei Privatschulen in Wien. Wenn der Staat festhält an seinem Rechte, wird der Verein unterliegen, aber die Agitation geht mit Riesenschritten weiter. Fast in jedem Dörfchen werden Versammlungen abgehalten und hier reichen sich — sonderbarerweise oder ist es schon nicht mehr zu verwundern! — Protestanten, Altkatholiken, Alldeutsche und Sozialdemokraten brüderlich die Hand. Wir haben es wenigstens erlebt, daß in einer Versammlung der „Freien Schule" sogar der altkatholische und protestantische Pfarrer das Wort ergriffen und friedlich neben führenden Sozialdemokraten saßen. Bedürfen etwa die protestantischen Kinder nicht mehr des Gebetes und der religiösen Unterweisung? Oder geht der Haß gegen den Katholizismus in Oesterreich, wie er von den Alldeutschen unter der Flagge „Los von Rom" systematisch geschürt wird so weit, daß sich sogar protestantische Pastoren mit offenen Gottesleugnern und Sozialdemokraten verbünden? Man sieht auch hier wieder, was die Verblendung einerseits und die konfessionelle Hetze anderseits für sonderbare Früchte zeitigt, und daß die Los von Rom-Bewegung im Grunde nichts anderes ist, als eine Abfallbewegung vom positiven Christentum. Die fremdartigen Elemente, Staats- und Glaubensfeinde, die finden sich hier liebevoll zusammen, das einigende Band ist der unbesiegbare „Haß gegen Rom".

Diesem kirchenfeindlichen Zusammenschluß gegenüber haben nun die nach gutgesinnten Katholiken in Oesterreich eine Abwehr errichtet in dem „Katholischen Schulverein", der in Wien seinen Sitz hat und unter dem Protektorate des Thronfolgers Erzherzog Ferdinand steht. Unter der tatkräftigen Leitung rühriger Männer hat er bereits herrliche Früchte gezeitigt und das katholische Volk noch rechtzeitig durch Wort und Schrift ermahnt, sich seiner hh. Pflichten in der Erziehung der Kinder bewußt zu werden. Außerdem wenden jetzt auch die Bischöfe, die unseres Erachtens viel zu lange die Bewegung verkannt haben, ihr Augenmerk in besonderer Weise der Schulfrage zu. Nachdem erst vor kurzem der Bischof von Budweis in einem Hirtenbriefe auf die Gefahr der von der „Freien Schule" geplanten Schuleinrichtung aufmerksam gemacht und vor ihr gewarnt hat, wendet sich jetzt auch der Kardinal Fürstbischof von Prag, Frhr. v. Skrbensky, in einem liebevollen Hirtenbriefe an seine Diözesanen und verurteilt aufs schärfste den Verein der „Freien Schule", dessen Ziel es sei, die Schule dem christlichen Geiste zu entfremden und sie frei zu machen von ihrer ersten Aufgabe, die Kinder religiös-sittlich zu erziehen.

Herrschten in Oesterreich nicht so überaus verworrene Zustände und unter den Katholiken gerade der besseren Stände nicht eine solch grenzenlose religiöse Gleichgültigkeit bis zur Abneigung, wovon sich Fernstehende kaum einen Begriff machen können, es müßte ein leichtes sein, das ganze zu 97 Prozent katholische Oesterreich mobil zu machen gegen die jüdisch-freimaurerische Bewegung der „Freien Schule". So aber kostet es unendliche Mühe, den Damm der vielen Vorurteile zu brechen und das Volk aufzurütteln. Hoffentlich bleiben aber die Früchte der Arbeit des Katholischen Schulvereins nicht aus, und das katholische Volk besinnt sich noch rechtzeitig auf seine heiligen Pflichten, sonst gestalten sich die Folgen dieser glaubens- und sittenlosen Schulerziehung noch weit trauriger und bitterer für Oesterreich als die, welche wir in der Los von Rom-Bewegung bereits vor Augen haben.

Deutschland.

Berlin, 17. Oktober.

*** Einen bemerkenswerten Artikel zur braunschweigischen Frage** veröffentlicht der Landgerichtsrat W. Kulemann in Braunschweig, welcher früher als nationalliberaler Vertreter von Braunschweig dem Reichstage angehörte, in der „Frankfurter Zeitung". Er bezeichnet es zunächst als unmöglich, in Braunschweig eine neue Dynastie durch die Reichsgesetzgebung einzusetzen. Eine Aenderung der braunschweigischen Verfassung sei ebenso ausgeschlossen, da das braunschweigische Ministerium nach seiner feierlichen Erklärung im Landtage dazu die Hand nicht bieten werde. Die große Mehrheit der Bevölkerung in Braunschweig finde eine endgültige Regelung nur in einer Verständigung zwischen Preußen und dem Welfenhause. In dieser Hinsicht rückt Herr Kulemann folgenden Punkt in den Vordergrund, der nach seiner Ansicht der springende Punkt in der ganzen Frage ist:

Offenbar wünscht der Herzog von Cumberland eine Verständigung, denn sonst hätte er nicht den für ihn peinlichen Schritt getan, sich an den Kaiser zu wenden. Es ist deshalb keineswegs unwahrscheinlich, daß er auch die Erklärung eines ganz vorbehaltlosen Verzichtes auf Hannover für sich oder seinen Sohn in Erwägung gezogen hat und nicht unbedingt ablehnen würde. Aber ist denn sicher, daß er mit einem solchen Schritte Erfolg haben werde? Muß er nicht nach der Haltung der offiziösen Presse mit der Möglichkeit rechnen, daß ihm selbst dann der Zutritt zur Regierung verwehrt werden würde? Man muß gerecht genug sein, anzuerkennen, daß er sich einer solchen Gefahr nicht aussetzen und einen Verzicht nur dann aussprechen kann, wenn er sicher ist, mit diesem Opfer seinen Zweck zu erreichen. Wenn er in seinem Briefe an den Kaiser erklärt, er werde zugunsten seines Sohnes zurücktreten, sobald er die Gewißheit habe, daß der Regierungsübernahme seitens des letzteren keine Hindernisse im Wege ständen, so hat er freilich formell einen Verzicht auf Hannover nicht ausgesprochen, aber er hat doch die Anregung gegeben, ihm, falls sein Vorschlag nicht einfach angenommen werden sollte, Gegenvorschläge zu machen, insbesondere zum Ausdruck zu bringen, daß jener Verzicht erforderlich sei. Das ist nicht geschehen. Der Kaiser sagt lediglich negativ, daß durch das erhaltene Schreiben nichts geändert sei. Nach entschiedener ablehnend ist das Schreiben des Fürsten Bülow. Ich finde es begreiflich, daß man in welfischen Kreisen dieses Verhalten in dem Sinn auslegt, als solle einer weitern Erörterung überhaupt aus dem Wege gegangen und über die Frage, unter welchen Bedingungen man das Welfenhaus zulassen wolle, absichtlich Unklarheit gelassen werden. Das würde man nicht als ein loyales Verhalten anerkennen können.

Was soll jetzt geschehen? Offenbar liegt die Entscheidung bei dem braunschweigischen Landtage. Er hat durch seinen Beschluß Verhandlungen mit beiden Streitteilen eingeleitet, nur zum Ausdruck gebracht, daß er als wichtigste Aufgabe ansieht, eine Klärung darüber herbeizuführen, ob überhaupt unvereinbare Gegensätze bestehen, oder ob eine Verständigung möglich ist. Diesen Zweck hat er bisher nicht erreicht. Der Grund des Scheiterns liegt darin, daß nicht an die preußische Regierung die Aufforderung gerichtet ist, die Bedingungen zu bezeichnen, die sie für die Zulassung des Herzogs und seiner Familie zur Regierung in Braunschweig zu stellen habe. Das braunschweigische Ministerium hätte auf Grund des Landtagsbeschlusses diese Forderung stellen können, es hätte sie auch stellen müssen, wenn es dem Sinne dieses Beschlusses gerecht werden wollte, aber tatsächlich ist das nicht geschehen. Es ist deshalb das Nächstliegende, daß der Landtag beschließt, das Versäumte nachzuholen. Er tritt am 18. d. M. wieder zusammen, und die Oeffentlichkeit wird bald erfahren, in welcher Weise man vorgehen will. Sollte dieser Weg nicht eingeschlagen werden, so bliebe nichts anderes übrig als zur Wahl eines anderen Regenten zu schreiten und das unbefriedigende Provisorium fortzusetzen. Von Schaffung einer neuen Dynastie kann unter keinen Umständen die Rede sein.

Wenn der Rat des Abg. Kulemann im braunschweigischen Landtage Zustimmung finden sollte, wie dies wahrscheinlich ist, so wird wenigstens eine weitere Klärung der braunschweigischen Frage damit in die Wege geleitet sein, und das ist unter den jetzt obwaltenden Umständen und verworrenen Meinungen schon ein bedeutsamer Schritt zu ihrer endlichen Lösung.

Auch der Herausgeber der Hohenloheschen Denkwürdigkeiten hat zu dem Buche das Wort genommen. Einem Ausfrager vom „Matin" erwiderte Curtius:

Der alte Reichskanzler hat den Sturm nicht vorhersehen können, den seine Aufzeichnungen hervorgerufen haben. Er war gewohnt, sich mit Herrschern und Staatsmännern so zu unterhalten, daß er dergleichen nicht so auffaßte wie das Publikum. Er liebte es, zu schreiben; im Grunde steckte ein Journalist in ihm. Er hat auch Zeitungsaufsätze geschrieben. Der Gedanke, seine Denkwürdigkeiten niederzuschreiben, bereitete ihm außerordentliches Vergnügen. Er zeichnete alles auf und wollte alles veröffentlichen. Prinz Alexander hat einfach seinen Willen geachtet. Wenn Kaiser Wilhelm nach dem Erscheinen der ersten Bruchstücke verlangt hätte, daß Prinz Alexander die Veröffentlichung unterlasse, hätte der Prinz sicher gehorcht. Es ist nicht wahr, daß man mit dem Buche den Kaiser ärgern wollte. Auf Befehl des Prinzen habe ich alles unterdrückt, was dem Kaiser persönlich unangenehm sein konnte. Kaiser Wilhelms Drohung an den Fürsten Philipp war nötig, weil man in Oesterreich und England behauptet hatte, die Denkwürdigkeiten seien eine halbamtliche Veröffentlichung. Dagegen mußte der Kaiser amtlich Verwahrung einlegen. Die Form der Kaiserdrohung erörtere ich nicht, ihr Inhalt genügte, um den Kaiser und die Regierung von jeder Verantwortung zu befreien. Die vom Prinzen und mir unterdrückten zahlreichen Stellen werden niemals veröffentlicht werden, vernichtet sind sie indes nicht. Sie beziehen sich auf die innere Politik und die Zeit der Reichskanzlerschaft des Fürsten Chlodwig. Es ist Tollheit, zu behaupten, daß wir mit der Herausgabe der Denkwürdigkeiten irgend einen Zweck verfolgt haben.

Ohne Zweck? Ein Kind dieser Welt ist der Präsident des evangelischen Oberkonsistoriums in Straßburg nicht. Sein Wort in Ehren, daß „man" den Kaiser mit dem Buche nicht habe ärgern wollen. Dann aber müssen wir gestehen, sagt die „Voss. Ztg." dazu, daß ihm so peinlich alles vorbeigelungen ist. Was soll ferner die Geheimnistuerei, die nach einer Drohung riecht, daß die unterdrückten Stellen nicht vernichtet worden seien? Herr Curtius hätte besser getan, wenn er geschwiegen hätte.

Genosse Parvus. Der jüdisch-sozialdemokratische Agitator Helphant, der unter dem Namen Parvus früher Deutschland beglückte, dann in Rußland beim „Revolutionmachen" abgefaßt und nach Sibirien geschickt wurde, ist unterwegs mit seinem Stammesbruder und „Genossen" Deutsch entkommen. Er hat sich nach dem Ausland, vermutlich nach dem gastlichen Deutschland gewandt. Rosa ist schon da, nun kann es ja nicht mehr fehlen.

⁂ Wer ist der wahre Schuldige? Der liberale „Landauer Anzeiger" berichtet in Nr. 239 vom 10. Oktober 1906:

„Rohrbach bei St. Ingbert, 11. Oktober. Am 4. Juni 1906 wurde auf dem hiesigen Friedhof ein gewisser Karl Riebling beerdigt. Der amtierende Geistliche war der protestantische Pfarrer Müller aus Neuhäusel. Der Gestorbene war protestantisch, seine Mutter, die Witwe Katharina Riebling, war bis zu ihrem zwanzigsten Lebensjahre katholisch gewesen; bei ihrer Verehelichung mit ihrem verstorbenen Ehemann hatte sie die protestantische Religion angenommen, um nach dessen Tode wieder katholisch zu werden. Nach ihrer Rückkehr zur katholischen Religion hatte sie und auch ein Teil der Verwandten wiederholt den Versuch gemacht, den protestantischen Sohn „bekehren" zu lassen. Bei der Grabrede übte der Pfarrer an diesem Verhalten scharfe Kritik. Er schloß seine Ausführungen damit, daß er sagte: „Ich habe bei dieser Gelegenheit einen sicheren Einblick gewonnen in die Art wie hier in unchristlicher und ungesetzlicher Weise Seelenfängerei getrieben wird." Bei diesen Worten entstand unter den katholischen Zuhörern, die sich wie stets zahlreich eingefunden hatten, eine große Unruhe. Als nunmehr der Geistliche mit der Mutter sehr scharf ins Gericht ging, entstand ein förmlicher Tumult. Es wurden Schimpfworte und Drohungen gegen den Pfarrer laut, so daß dieser innehalten und um Ruhe bitten mußte. Ganz besonders taten sich bei dem Tumult die beiden katholischen Witwen Angelika Abel und Berta Wagner von hier hervor. Sie riefen: „Werft ihn hinein ins Loch, man kann nicht mitanhören, was der Lügner sagt!" usw., womit sie den Pfarrer meinten. Sie sind deshalb eines Vergehens wider die Religion nach § 167 St.-G.-B. angeklagt. Sie beriefen sich auf Notwehr gegen die rechtswidrigen Angriffe des Pfarrers auf die Katholiken und die Witwe Riebling. Das Gericht hielt zwar Notwehr für gegeben, verurteilte aber die Angeklagten wegen Ueberschreitung der Notwehr zur gesetzlichen Mindeststrafe von je einem Tag Gefängnis."

Unwillkürlich drängt sich einem beim Lesen des vorstehenden Berichtes die Frage auf: Wer ist hier der in Wahrheit schuldige Teil? Die einfachen Kreisen angehörigen Frauen, die sich im Affekt zu der keineswegs zu billigenden Ausschreitung haben hinreißen lassen, — oder der protestantische Pfarrer, der am offenen Grabe des Sohnes mit der anwesenden katholischen Mutter „sehr scharf ins Gericht geht" und es dabei an groben Ausfällen auf die Katholiken und an unbewiesenen Verdächtigungen derselben nicht fehlen läßt? Träfe letztere Annahme nicht zu, so würde das Gericht den verurteilten Frauen sicher nicht „Notwehr" — soll wohl heißen den Schutz des § 193 — zugebilligt haben. Einem objektiv Urteilenden, gleichviel welcher Religion er angehört dürfte die richtige Antwort kaum schwer fallen. Der Vorfall selbst bietet aber einen beachtenswerten Beitrag zur Beurteilung des in manchen Fällen auf protestantischer Seite geübten Verfahrens, um „römische Uebergriffe" abzuwehren und den „konfessionellen Frieden" zu stärken.

Zu der Resolution des Rheinischen Bauernvereins in Sachen der Fleischteuerung bemerkt die „Kreuzzeitung":

Die maßvolle Auffassung des Bauernvereins deckt sich durchaus mit den Kundgebungen der offiziellen Berufsvertretungen der Landwirtschaft. Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die Erklärung der Viehzentrale, der Organisation der vereinigten Landwirtschaftskammern. Es ist nicht bloß im Interesse der Gesamtheit, sondern besonders auch im eigenen Interesse der Landwirtschaft dringend zu wünschen, daß dieser Auffassung auch bei den Landwirten im Lande allgemein Gehör geschenkt wird, und daß die Landwirte sich nicht von agrarischen Scharfmachern beeinflussen lassen, die den Bogen überspannen möchten. Zu dieser Bemerkung gibt uns die von Edmund Klapper herausgegebene „Deutsche Agrarkorrespondenz" Anlaß. Sie schreibt — in der Form einer Polemik gegen die „Kreuzztg.", obwohl der betreffende Artikel durch die beigegebene Schrift der Viehzentrale deutlich als von dieser herrührend gekennzeichnet war — folgendes: „Gegen diese Darlegung, die von der gegnerischen Presse natürlich weidlich ausgenutzt werden ist, muß man vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus aufs schärfste protestieren. Die jetzigen Viehpreise, die von den Händlern im Lande draußen auf den Höfen der Landwirte tatsächlich bezahlt werden, sind ganz und gar nicht „unnatürlich und unerwünscht hoch". Sie sind gerade so, wie der Landwirt sie braucht, als sein gutes wirtschaftliches Recht beanspruchen darf, wenn er nicht gegenüber den stets steigenden eigenen Produktionskosten und dem enormen Aufschwung auf allen anderen deutschen Erwerbsgebieten in den Hinterhofen liegen bleiben will, in die er seit [illegible] Jahren geraten war." Diesen Appell an den Egoismus gegenüber wird das Votum der berufenen und verantwortlichen Vertretungen der Landwirtschaft bei der großen Mehrheit der einsichtigen Landwirte doch die Ueberhand behalten. Der Aufrechterhaltung des Schutzes gegen die Seuchenverschleppung aus dem Auslande, die auch der Rheinische Bauernverein mit Recht als eine Vorbedingung für eine rationelle Steigerung der inländischen Viehproduktion bezeichnet, darf die Landwirtschaft sicher sein. Sie braucht sich in dieser Hinsicht nicht durch Stimmen aus dem freihändlerischen Lager, die unbelehrt und unbelehrbar die Oeffnung der Grenzen fordern, nervös machen zu lassen. Denn mit den Regierungen ist die große Mehrheit des Reichstages sich darüber klar, daß der Schutz des inländischen Viehstandes gegen Seucheneinschleppung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Fleischversorgung des Landes im ganzen, d. h. für die konsumierende Bevölkerung, eine unerläßliche Notwendigkeit bildet. Wir können daher den auf die Hebung der Viehproduktion gerichteten Bestrebungen des Rheinischen Bauernvereins nur den besten Erfolg wünschen.

Das Fazit aus der Hetze gegen die katholischen Studentenverbindungen. Der bekannte protestantische Historiker Professor Dr. G. v. Below (früher in Tübingen) hat bekanntlich in rühmlicher Ausnahme sich für die Berechtigung der katholischen Studentenkorporationen ausgesprochen. Jetzt zieht der gleiche Gelehrte in Nr. 508 des „Tag" das Fazit aus dem gehässigen Kampfe, der sich in den letzten Semestern an verschiedenen Universitäten und technischen Hochschulen gegen die katholischen Verbindungen abgespielt hat und spricht es offen aus, daß der ganze bisherige Kampf mit einem kläglichen Fiasko für die übermütigen und intoleranten Angreifer geendet habe. Der Artikel bringt außerdem interessantes Detail über den Fortgang und die jetzige Beurteilung des Kampfes und klingt im ganzen wie ein Lob auf unsere katholischen Studentenverbindungen, die den ihnen aufgedrungenen Kampf so mutig und glücklich geführt haben. Das objektive Urteil des besonnenen Gegners mag ihnen eine Ermutigung sein, an den alten, erprobten Prinzipien unentwegt festzuhalten. Die Hauptsätze des interessanten Artikels seien im Auszug hier wiedergegeben. Prof. Dr. v. Below schreibt:

„Ich habe zunächst zu konstatieren, daß ein äußerer Erfolg gegenüber den katholischen Korporationen nicht im allermindesten zu verzeichnen ist. Ihre Zahl und ebenso die Zahl ihrer Mitglieder sind gestiegen. Und wenn man durch jenen Feldzug geistige Freiheit verbreiten und die klerikalen Reihen durchbrechen zu können meinte, so muß man auch in dieser Hinsicht ein Fiasko verzeichnen. Das Resultat ist ein festerer Zusammenschluß, eine innere Befestigung der katholischen Korporationen. Einen wertvollen Beitrag zur Erkenntnis dieser Wirkung liefert ein von katholischer Feder stammender Aufsatz in den „Grenzboten" vom 30. August 1906, welcher es beklagt, daß jener Feldzug die [illegible] innerhalb der katholischen Korporationen befördert, und welcher hervorhebt, daß das [illegible] Agitationsmittel derjenigen, welche die katholischen Korporationen klerikaler machen wollen, als sie sind, eben die Bewegung gegen sie ist. Ich habe ferner zu konstatieren, daß die Stimmen aus nichtkatholischen Kreisen, die ihn verurteilen, sich gemehrt haben. Von den verschiedensten Stellen und Standpunkten aus hat man sich gegen ihn ausgesprochen. Besonders bemerkenswert ist es, daß die Einigkeit, die in nichtkatholischen studentischen Kreisen einen Augenblick vorhanden zu sein schien, ganz und gar nicht Bestand behalten hat. Es ist vielmehr eher das Gegenteil eingetreten. Es fehlt sogar die Uebereinstimmung der einzelnen studentischen Gruppen. Während z. B. die Burschenschaften an vielen Universitäten scharfe Gegner der katholischen Korporationen waren, traten sie in Tübingen für sie ein. Andererseits ließen die Korps, die hier sie bekämpften, sie an anderen Orten ruhig gewähren. Die Vereine der deutschen Studenten schienen anfangs ziemlich geschlossen gegen die katholischen Korporationen vorzugehen. Später jedoch faßte der Kyffhäuser-Verband eine Resolution, in der zwar ein Gegensatz zum Ultramontanismus betont, im übrigen aber klar gesagt wird: „Einen Kampf gegen konfessionelle Verbindungen schlechthin, sofern es sich dabei um eine Gruppierung einer ausgeprägten religiösen Weltanschauung handelt, können wir vom Standpunkt der akademischen Freiheit nicht billigen und halten ein rein formelle Bekämpfungsmethode durch Ausschluß und den Ausschüssen für eine unfreiwillige Stärkung des Gegners." Und einer Herr des Vereins deutscher Studenten, Pfarrer J. Werner aus Frankfurt a. M., sagte die verschiedenen Motive des Kampfes gegen die katholischen Korporationen und seine ungerechtfertigten Konsequenzen dar und erklärte rundweg: „Zu fordern, daß den katholischen Verbindungen das studentische Gleichrecht aberkannt werde, widerspricht der akademischen Freiheit." Ganz übereinstimmend lehnt die Burschenschaft den Kampf ab. In einem Artikel der „Burschenschaftl. Blätter" vom W. S. [illegible] Jahrgang Nr. [illegible] heißt es: „Man ist auf dem besten Wege, im Namen der Freiheit nach Terrorismus zu streben. . . . Gerade diejenigen, die in unbegreiflicher Verblendung die geistige Macht des Ultramontanismus mit äußerer Gewalt brechen wollen, machen Märtyrer der katholischen Sache und schmieden die Halben und lauen Mitglieder des konfessionellen Verbindungswesens zu begeisterten Parteigenossen des Zentrums um." An mehreren Universitäten ist heute vollständiger Friede mit den katholischen Korporationen geschlossen worden. Man kann nur wünschen, daß die Erkenntnis von der Ergebnislosigkeit und Schädlichkeit des Kampfes möglichst bald zu seiner allgemeinen Einstellung führen möge. Der Kampf gegen die katholischen Korporationen schlechthin und unter allen Umständen ist jedenfalls vom Uebel. Man darf den Angehörigen der katholischen Korporationen die Anerkennung nicht versagen, daß sie auch während des Kampfes das vaterländische Moment betont haben. Es ist das natürlich kein besonderes Verdienst; es ist nur ihre einfache Pflicht; aber man darf es immerhin erwähnen. Man spricht heute sehr viel von dem großen Einfluß des Zentrums in politischen Dingen. Indessen, man würdigt nicht genug, daß er zu einem wesentlichen Teil aus den Fehlern, die die anderen Parteien gemacht haben und machen, erwächst, und daß ein erfolgreiches Mittel zur Bekämpfung des Zentrums eine bessere Haltung der anderen Parteien sein würde. So sollte man auch innerhalb der Studentenschaft die katholischen Korporationen dadurch zu bekämpfen suchen, daß man sie durch bessere Leistungen in jeder Hinsicht zu übertreffen sucht. Reform derjenigen studentischen Kreise, die den hohen Anforderungen des Studententums nicht gerecht werden — das wäre ein besseres Kampfmittel als die äußerliche Bekämpfung der katholischen Korporationen."

⊙ **München,** 16. Okt. Ein Haberfeldtreiben hat wieder einmal in Oberbayern stattgefunden, auf „historischer" Stätte, im Bezirksamt Miesbach bei Neukirchen, Gemeinde Reichersbeuern. Die Ursache ist ein Rechtsstreit zwischen Pfarrpfründe und Schulgemeinde. Das Nähere darüber ist aus den Zeitungsberichten nicht zu ersehen. Die Sache verursachte in der Gegend Aufregung, und nun griffen die Haberer ein, indem sie in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober dieses Jahres auf dem Kreuzberg in der bekannten Weise durch wilden Lärm, Schießen, Explosion von Feuerwerkskörpern die Bevölkerung in Aufregung versetzten und durch den Habermeister Schmähverse gegen den Pfarrer, Lehrer und Bürgermeister in die Nacht hinausbrüllen ließen. Die „Aktion" wurde gestört, weil der Wehner Sturm läutete, so daß die aus gegen 100 Mann — nach anderer Angabe 30 — bestehenden Haberer Reißaus nahmen. Schaden wurde nicht angerichtet, doch sind Fenster eingeschlagen worden; die Kugeln sind meist vermutlich auf die Dächer niedergegangen. Geschehen war's aber doch. Die Staatsgewalt wird aus dem vereinzelten Vorkommnis ersehen, daß die allgemeine Auffassung, es habe sich nach der schweren Bestrafung der zahlreich gemachten Haberer im letzten Dezennium des vorigen Jahrhunderts dies gemeingefährliche Treiben verloren, eine irrige war. Die entsprechenden Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, ist schwer, da die Haberer von allem Bescheid bekommen und dann abwarten, bis die Wachsamkeit wieder eingeschlafen ist.

— **Forbach** (Lothr.), 16. Okt. Der neugegründete Zentrumsverein für den Kreis Forbach macht gute Fortschritte. In der am Sonntag vor 8 Tagen stattgehabten Gründungsversammlung meldeten etwa 300 der Anwesenden sofort ihren Beitritt an. Im Laufe der verflossenen Woche sind weitere Anmeldungen so zahlreich ergangen, daß die Mitgliederzahl bereits ins vierte Hundert eingetreten ist.

Braunschweig, 17. Okt. (**Tel.**) Dem Landtage ging eine Regierungsvorlage zu, worin nach Darlegung der bisherigen Vorgänge mitgeteilt wird, daß der Regentschaftsrat und das Ministerium einstimmig beschlossen haben, nunmehr die Neuwahl eines Regenten in die Wege zu leiten. (Siehe neueste Nachr.!)

Frankreich.

Gegen die Sinekuren zieht nicht nur der in seiner Reformwut unermüdliche Minister des Innern, Clemenceau, sondern jetzt auch der doch so vorsichtige Finanzminister Poincaré zu Felde. Derselbe hat nämlich im Budgetentwurf für 1907 eine Bestimmung aufgenommen, die zwar durch und durch gerecht ist, an die sich aber keiner seiner Vorgänger bisher herangewagt hatte. Der Finanzminister verlangt nämlich, daß die Bezüge der Steuereinnehmer, die in gleichem Maße wuchsen wie die Steuereingänge selbst, in Zukunft für Paris und das Seine-Departement auf ein Maximum von 15 000 Francs und für die Provinz auf 12 000 Francs jährlich festgelegt werden sollen. Die Mehreinnahmen, die sich aus dieser Reform für den Staatsschatz ergeben würden, sind nicht zu unterschätzen, da die Bezüge der Steuereinnehmer oft das zwei- und dreifache der obigen Maximalziffern erreichten. Es liegt auf der Hand, daß nunmehr auch die Bezüge der Generalsteuereinnehmer der Departements, die verschiedentlich 100 000 Francs übersteigen, einer gründlichen Revision unterzogen werden dürften. Poincaré hat als Opportunist die Sache vorerst bei dem dünnen Ende angefaßt; allein das dicke Ende wird zweifellos nachkommen.

⊕ **Auf der Spionensuche.** Die Staatsanwaltschaft von Versailles hat infolge Anzeige mehrerer Platzkommandanten des Nordens und Ostens Frankreichs eine Untersuchung nach einem gewissen K. angeordnet, welcher sich für einen französischen Generalstabsoffizier ausgab und unter dem Vorwand einer geographischen Mission in verschiedenen Festungen topographische Aufnahmen gemacht habe. K. soll angeblich gebürtiger Elsässer sein und als Hauptmann in einem bayerischen Artillerieregiment gestanden haben.

Rußland.

— **Im Zeichen der Reformen!** Die Behörde hat die Genehmigung der Partei der friedlichen Erneuerung untersagt, da sie die öffentliche Ordnung gefährde durch Forderung der Lösung der Agrarfrage und durch gewaltsame Enteignung des Privatbesitzes. — Der ehemalige Vorsitzende der Reichsduma, Muromzeff, ist von der Teilnahme an den Sitzungen der Moskauer Semstwo und der Stadtduma suspendiert worden, dagegen ihm wegen Unterzeichnung der Wiborger Erklärung ein Strafverfahren angemeldet ist. — Am Dienstag wurde in Mitau die Tagung der aus Bauern, Gutsbesitzern, Beamten und Vertretern des Adels und der Städte zusammengetretenen kurländischen Kommission zur Ausarbeitung örtlicher Reformen von dem Gouverneur mit einer Rede eröffnet. Er hob darin unter den Fragen die der Landesversammlung, der Semstwoverwaltung, der Schule und Kirche hervor und fügte hinzu, daß es von der politischen Reife der Kommissionsmitglieder und ihrem Verhalten in dieser Sache abhängen würde, in welchem Maße man sich von seiten der Regierung auf ihre Arbeit würde stützen können. Auf Vorschlag des Adelsmarschalls, Fürsten Lieven, sandte die Kommission ein Danktelegramm an den Kaiser, in der sie dafür dankt, daß er ihr die Möglichkeit gewährt habe, über die Verbesserung der örtlichen Verhältnisse beraten zu können.

Venezuela.

Präsident Castro liegt, Meldungen aus Caracas zufolge, im Sterben. Ein Teil der New-Yorker Presse behauptet, falls Castro sterbe, werde sofort eine Revolution ausbrechen; Castros Gegner ständen schon gerüstet an der kolumbischen Grenze.

China.

□ **Die nordamerikanische Regierung** beschloß, wirksame Maßregeln zum Schutz der amerikanischen Interessen in China und im fernen Osten überhaupt zu ergreifen. Infolgedessen erhielten die Panzerkreuzer „West Virginia", „Colorado", „Pennsylvania" und „Maryland" Befehl, unverzüglich nach den asiatischen Gewässern auszulaufen.

Japan.

⊕ **Das nächstjährige Budget** wird das diesjährige um 20 Millionen Pfund überschreiten. Als Ergebnis des Besuches Takahashis in London beabsichtige die Regierung, die Wiederherstellung der finanziellen Lage durch die Konversion von Anleihen vorzunehmen, doch sollen keine neuen Anleihen aufgenommen und die Steuern nicht erhöht werden. Die Armee soll aus sieben Armeekorps zu je zwei oder drei Divisionen bestehen.

Amtliche Nachrichten.

* **Aus dem „Reichsanz."** Verliehen wurde dem Seminaroberlehrer Friedrich Lamberti zu Nachrodt im Kreise Altena, bisher in Büren, dem Katasterkontrolleur a. D. Steuerinspektor Johannes Clever zu Rheinbach und dem Amtsgerichtssekretär a. D. Kanzleirat Anton Laubmann zu Meschede der Rote Adlerorden 4. Klasse, der Hauptlehrern a. D. Jakob Harzheim zu Troisdorf im Siegkreise und Karl Hütz zu Elberfeld, bisher zu Ronsdorf, Kreis Lennep, der Adler der Inhaber des Königl. Hausordens von Hohenzollern. — Ernannt wurden: die Oberlandesgerichtsräte Kuffmann in Königsberg i. Pr. und Haas in Celle zu Reichsgerichtsräten.

Städtisches.

(Nachdruck der m. Originalkorrespondenzen Berichte nur mit deutlicher Quellenangabe „Westf. Merk." gestattet.)

Münster, 17. Oktober.

⊕ **Konzert Willy Burmester.** Seit einer ganzen Reihe von Jahren haben berühmte Geiger Münster stets gern aufgesucht, weil sie hier einen für ihre Darbietungen gut vorbereiteten Boden vorfinden. Zumal im Musikverein haben erste Größen, wie Joachim und Sarasate, wiederholt ihre herrliche Kunst zur Entfaltung gebracht. Der Besten einer ist augenblicklich Herr Willy Burmester, der gestern abend auf der Aula des städtischen Gymnasiums ein gut besuchtes Konzert veranstaltete. Was bei dem trefflichen Violinisten am vorteilhaftesten in die Erscheinung fällt, das ist die souveräne Ruhe beim Vortrage, die vornehme Eleganz in der Bogenführung und der reine volle und doch weiche Ton seines singenden, wohltönenden Instruments. Den Ernst des Künstlers konnte schon das Programm bekunden, das durchweg Namen unserer Klassiker aufführt, speziell auch auch den so viel vernachlässigten Mozart. Dessen C-dur-Sonate gehörte unseres Erachtens zu den vollendetsten Darbietungen des Abends, besonders mit Rücksicht auf den Mittelsatz, in dem die Cantilene mit entzückendem Wohllaut zu Gehör kam. Auch das Mendelssohn'sche E-moll-Konzert erfuhr eine durchaus stilgerechte und würdige Wiedergabe. In dem durch ein eigenartiges Motiv charakterisierten Allegro vivace versagte auch kein Ton. Von dem tiefen Empfinden des Herrn Burmester beim Vortrage gaben die kleineren Sachen von Schumann, Beethoven und Mozart in geradezu beredter Weise Auskunft; diese Kompositionen, die wohl jeder Musikfreund kennt, atmeten eine solche Innigkeit und Wärme, daß man sich ihnen mit doppeltem Genuß hingab. Auch der Virtuos kam zu seinem Recht im Hexentanz von Paganini. Des Beifalls wollte natürlich kein Ende nehmen; zum guten Teil übertrug sich dieser auf den vortrefflichen Begleiter am Klavier, Herrn Willy Klasen aus Wien, der sich dem Geigenspiele in ausgezeichneter Weise anzupassen verstand. Die weichen und doch bestimmten klaren Anschläge des Klaviers waren von überraschender Wirkung. Auch als Solist trat Herr Klasen mit einigen Stücken hervor, die seine vollendete Technik und stilgerechte reife Auffassung bekundeten.

⊕ **Katholischer Frauenbund. Kaffeestube am Domplatz.** Ohne Sang und Klang, in aller Stille ist vor einigen Tagen eine Anstalt eröffnet worden, welche trotz ihrer Anspruchslosigkeit, ihrer scheinbaren Unbedeutendheit wie wenig andere berufen ist, unter den Wohlfahrtseinrichtungen des 20. Jahrhunderts eine hervorragende Stelle einzunehmen. In einer Zeit, wo geistliche und weltliche Behörden, Männer der Wissenschaft wie der Praxis sich einmütig zusammenscharen, um einen der größten Feinde der Menschheit, den Alkoholismus, zu bekämpfen, konnten und können die Frauen nicht gleichgültig beiseite stehen bleiben. Handelt es sich doch nicht allein um das Glück eines einzelnen Menschen, sondern um das allgemeine Volkswohl, um Glück und Gesundheit der Familie, der Gemeinde, des Staates. Wer vermöchte sie zu zählen die Opfer der Trunksucht, die durch den Alkohol ihr eigenes Leben zerstört, den häuslichen Frieden vernichtet, Frau und Kinder an den Bettelstab gebracht haben! Aber, sagt man, der schaffende, im Getriebe des Lebens stehende Mann, der Arbeiter, der Tagelöhner bedarf, zumal in der rauheren Jahreszeit, in der Nässe und Kälte des Winters einer Erquickung einer Aufmunterung der sinkenden Kräfte. Woher diese nehmen, wenn er nicht zum Bier, zum Branntwein greifen soll? Will man dem im Schweiße seines Angesichts sich mühsam plagenden Manne die einzige Labung versagen? Nein, nicht eine Labung versagen, nur den schädlichen Alkohol durch etwas Anderes, Besseres ersetzen. Allerorts hat man auf Hülfsmittel gesonnen und auch in unserer Stadt bereits einen erfreulichen Anfang mit der Errichtung von Volkskaffeestuben gemacht. Darum wird man es gewiß als eine wahre Wohltat begrüßen, daß der katholische Frauenbund im Mittelpunkte der Stadt eine neue Kaffeestube eröffnet hat. Der große Saal des früheren Gesellenhauses am Domplatz 27—28 ist zu diesem Zwecke aufs beste eingerichtet und ausgestattet. Der Arbeiter, der sich müde geschafft, die Marktfrau, die Kraftzug Karrende gelaufen, die Bauersfrau, die ihren Milchkarren zur Stadt geführt, ihre Butterkörbe weither geschleppt, die Gemüseverkäuferin, die stundenlang jedem Wetter ausgesetzt bleibt; sie alle sollen dort ein behagliches Plätzchen zum Ausruhen finden, wo sie ohne Hast und Gedränge ihre Tasse Kaffee oder Milch zu 5 Pfg. zu sich nehmen und je nach Belieben ihr mitgebrachtes Brot verzehren oder auch Brödchen zc. zu den ortsüblichen Preisen erhalten können. Kakao und Bouillon werden ebenfalls verabreicht, die Tasse zu 10 Pfg. — Einem vielfach geäußerten Wunsche entgegenkommend, hat der Frauenbund Sorge getragen, daß ein besonderes Zimmer für Damen, Durchreisende zc. vorbehalten ist. Das schöne geräumige Lokal, dessen Fenster auf den herrlichen Domplatz gehen, wird sicher mancher von Besorgungen oder Besuchen ermüdeten Frau die willkommene Gelegenheit zur Ruhe und Stärkung bieten. Auch hier liegen, wie im großen Saale, Zeitungen und Journale auf, so daß für Unterhaltung bestens gesorgt ist. Der Preis einer Tasse Kaffee stellt sich auf 15 Pfg., Kakao und Bouillon 20 Pfg., Brödchen, Schnittchen usw. wie ortsüblich. Trinkgeld wird nicht angenommen.

‡ **Zur namentlichen Feststellung der Bevölkerung** muß nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes alljährlich gegen Ende Oktober oder anfangs November eine Aufnahme des Personenstandes stattfinden. Seit dem Jahre 1902 wird diese Aufnahme mittelst besonderer Formulare, sogenannter Hauslisten bewirkt. Wie uns mitgeteilt wird, haben sich bei der Aufnahme in den letzten Jahren mancherlei Mißlichkeiten ergeben, deren Beseitigung sowohl im Interesse des Publikums als auch der beteiligten Behörden liegt. Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten können wir daher nur eine genaue Durchsicht der auf den Hauslisten vorgedruckten Anweisung und richtige Ausfüllung der Formulare empfehlen. Die Abholung der Hauslisten in dem bis zum 1. April 1903 bestandenen Stadtbezirk und der Kolonie Werse-Delstrup beginnt am 27. Oktober und wird an den folgenden 3 bis 4 Werktagen fortgesetzt. Für den übrigen eingemeindeten Bezirk erfolgt die Abgabe der Hauslisten in der denselben vorgedruckten Weise. Auf die im Anzeigenteil dieser Nummer abgedruckte Bekanntmachung des Magistrats gestatten wir uns noch besonders hinzuweisen.

☐ **Vom westlichen Stadtviertel** der Stadt Münster. Die von der Abschnittsstraße in die Gievenbecker Bauerschaft führende verlängerte Hüfferstraße ist auf eine Strecke von ungefähr 600 Meter (bis kurz vor dem Dahlmann'schen Hof) chaussiert worden. Die Straße ist 6 Meter breit angelegt und soll später noch weiter ausgebaut werden. Die Wegebaukosten haben außer der Stadt die Interessenten aufgebracht, besonders Herr Dr. Becker, der Leiter der Orthopädischen Anstalt (Hüfferstiftung), welcher sich auf der Höhe dicht vor der Dahlmann'schen Besitzung eine sehr geschmackvolle Villa hat erbauen lassen. Interessant ist, daß diese Villa mit Warmwasserheizanlagen versehen ist. Ein 24 Meter tiefer Brunnen liefert das erforderliche Wasser, welches mittels Pumpwerk in die auf dem Boden aufgestellten eisernen Wasserbehälter geschafft wird, um von dort aus für die Heizanlage zur Verfügung zu stehen. Herr Dr. Becker erwarb von der Herzoglich Croy'schen Domänenverwaltung seinerzeit das Grundstück in Größe von 5½ Morgen zum Preise von 20 000 Mk. An diese Besitzung anstoßend nach der Stadt hin besitzt der Herzog von Croy noch einen Komplex von 11 Morgen, außerdem dem Dahlmann'schen Hofe gegenüber noch einen Kamp von 22 Morgen. Nachdem die Straße in dieser Gegend jetzt fertiggestellt ist, werden sich auch bald Liebhaber finden, um sich daselbst anzusiedeln.

⊕ **Warnung.** In der Republik Ecuador hat sich unter dem Namen „The Ecuatorian Emigration land Company" unter Leitung des Herrn A. Baquerizo Cepeda und der Firma Alexander u. Co. eine Gesellschaft gebildet, welche sich gegen Hergabe einer Fläche von einer halben Million Hektar seitens der ecuadorianischen Regierung verpflichtet hat, 3000 Familien weißer Rasse, vornehmlich Deutsche und Holländer, nach Ecuador zu schaffen und dort anzusiedeln. Dies Unternehmen verdient kein Vertrauen. Die Gegenden, in denen kolonisiert werden soll, sind zum Teil noch unerforscht, es gibt in ihnen weder Weg noch Steg, und vor allem sind Lebensmittel zum Unterhalt von Einwanderern nicht vorhanden. Deutsche Familien, die sich von Alexander oder seinen Agenten in Europa durch verlockende Prospekte und Versprechungen zur Uebersiedelung nach Ecuador verleiten ließen, würden dem größten Elend ausgesetzt sein, namentlich da sie von der jetzigen Regierung Ecuadors keine nachhaltige Unterstützung zu erwarten haben. Unter diesen Umständen erscheint es geboten, vor der Auswanderung nach Ecuador und der Tätigkeit des Alexander und seiner Agenten zu warnen. Wir haben bereits vor einiger Zeit Gelegenheit genommen, vor der Auswanderung nach Chile und den Kolonisationsgesellschaften Alfred Tatlock, Lamin, Valdivia und Gensle zu warnen. Neuerdings ist ein Auswanderungsunternehmen eines gewissen Enrico Piccione ins Leben getreten, vor dem ebenfalls gewarnt werden muß. Piccione hat durch seinen Agenten Santiago Baccaro in Buenos-Aires eine größere Anzahl deutscher Auswanderer nach Chile anwerben lassen, denen dort teilweise auf Kosten des Generalkonsulats, teilweise durch den deutschen Wohltätigkeitsverein Unterhalt und Arbeit verschafft werden mußte.

Schwurgericht.

§ **Münster**, 17. Okt.

In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde verhandelt gegen den Bäcker und Händler Bernhard Alfers aus Stadtlohn, der sich wegen Brandstiftung und Konkursverbrechens zu verantworten hatte. Der Angeklagte steht im 27. Lebensjahre und ist wegen Urkundenfälschung vorbestraft. Er fälschte auf seinem Militärpaß das Datum, um sich einer disziplinarischen Bestrafung der Militärbehörde zu entziehen. Der Angeklagte erlernte bei einem Bäckermeister in Südlohn das Bäckerhandwerk. Nachdem er einige Zeit in Stadtlohn als Geselle tätig gewesen war, machte er sich in Ottenstein selbständig. Im August 1905 siedelte er nach Stadtlohn über und schloß mit dem Bäckermeister Warenbrügge einen Vertrag ab, wonach er sich verpflichtete, das Haus am 1. September 1905 mit 6000 Mark Hypotheken zu übernehmen und den Rest des Kaufpreises von 3250 Mark an dem genannten Tage zu zahlen. A. tätigte den Vertrag, obwohl er kein Geld besaß. Er versuchte zwar an verschiedenen Stellen Geld zu leihen, aber vergeblich. Wenn ihn der Bäckermeister Warenbrügge wiederholt aufforderte, mit ihm zum Auflassungstermin zu gehen, suchte er sich des ständigen Mahners zu entledigen; er verübte in dem eigenen Hause Brandstiftung. Am 2. Oktober zündete er eine Kiste mit Holzwolle an, der Brand konnte jedoch alsbald gelöscht werden, so daß sich der Schaden nur auf ca. 240 Mk. belief. Am 20. Oktober brach abermals in dem Hause des Angeklagten Feuer aus. Auch dieser Brand wurde alsbald gelöscht. Die Anwohner hielten sofort den Angeklagten für den Brandstifter. Dieser behauptete jedoch, er habe einen „unbekannten Mann" vom Boden kommen sehen, der den Brand angelegt haben müsse. Später gab er an, das Feuer sei dadurch entstanden, daß Ratten den Phosphor an den Streichhölzern abgenagt hätten. Da die Gläubiger des Angeklagten einsahen, daß dieser finanziell schlecht stand, so begaben sie sich gleich nach dem Brande zum Angeklagten und reichten ihre Forderungen ein. Bares Geld war nicht oder doch nur wenig vorhanden. Die Gläubiger nahmen deshalb entweder die von ihnen gelieferten Waren oder was sonst noch vorhanden. Olfers erklärte ihnen: „Seht nur zu, daß ihr etwas kriegt." Die Gläubiger mußten jedoch später die an sich genommenen Gegenstände dem Konkursverwalter zurückerstatten. Vorher hatte auch der Bäckermeister Warenbrügge einen Pfändungsbefehl gegen den Angeklagten erlassen. Als jedoch der Gerichtsvollzieher in das Haus kam, fand man nichts mehr. Wie festgestellt wurde, hat der Angeklagte selbst an dem letzten Brandtage zwei Säcke mit Kaffee im Werte von 153 Mark in den Abort geschüttet. Hierin wird ein Vergehen gegen die Konkursordnung erblickt, da der Angeklagte dadurch seine Gläubiger zu schädigen trachtete. Ferner hat der Angeklagte an demselben Tage einen Schein einer Weseler Firma, wodurch derselben das Eigentumsrecht der von ihr gelieferten Waren vorbehalten wurde, unterschrieben, was er nach der Konkurserklärung nicht durfte. Der Angeklagte hat bis in die letzte Zeit geleugnet, der Brandstifter zu sein. Heute war er geständig. Die Zeugenaussagen ergaben nicht direkt Nachteiliges für den Angeklagten. Es ist ihm zu Gute zu rechnen, daß er gemütskrank ist. Diesen Eindruck gewann auch der Gerichtsarzt Dr. Besserer, der bekundete, daß der Angeklagte mit einem Herz- und Nervenleiden behaftet ist. Letzteres versetze den Angeklagten oft in eine heftige Gemütserregung und mache ihn unfähig, über komplizierte Angelegenheiten klar nachzudenken. Allenfalls handele es sich bei dem Angeklagten um eine geistig minderwertige Person. Der Staatsanwalt v. Stockhausen ersuchte die Geschworenen, die Fragen auf Brandstiftung (jedoch als eine einzige Handlung) und auf Konkursverbrechen zu bejahen, bei letzterem Delikte jedoch mildernde Umstände zu bewilligen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Koch, plädierte auf Freisprechung, da der Angeklagte nach dem ärztlichen Gutachten geistig nicht normal sei. Die Geschworenen erkannten gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, sprachen den Angeklagten jedoch von der Anklage des Vergehens gegen die Konkursordnung frei. Daraufhin beantragte der Staatsanwalt 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus, sowie teilweise Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Das Gericht beließ es bei einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, wovon drei Monate als durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet werden. Der Angeklagte erklärte sich zu sofortigem Antritt der Strafe bereit.

Provinzielle Nachrichten.

— **Bocholt**, 16. Okt. Seit dem 1. März cr. ist die holländische Grenze bekanntlich für Einführung von größeren Quantitäten (4 Pfd. pro Tag und Haushalt) von Fleisch gesperrt. Vor dem 1. März gingen täglich Hunderte von hiesigen Einwohnern nach den an der Grenzkapelle auf holländischem Gebiet eigens errichteten Fleischverkaufsbuden, um dort ihren Tagesbedarf an Fleisch zu decken. Man zahlte dort damals erheblich billigere Preise. Dadurch ist es erklärlich, daß die Sperrung der Grenze von der hiesigen Bürgerschaft höchst unangenehm empfunden wurde. Um dem Uebelstande zu steuern, ist schon im Sommer d. J. eine Petition hiesiger Bürger an den Bundesrat gerichtet worden, durch welche die Aufhebung der Grenzsperre erstrebt wurde. Auch wurde der Abg. Gulat, der Vertreter des Wahlkreises Borken-Recklinghausen im Reichstage, ersucht, sich der Sache anzunehmen, was auch seinerzeit geschah. Wie verlautet, hat nunmehr der Bundesrat die Eingabe dem Herrn Oberpräsidenten von Westfalen zur gutachtlichen Aeußerung überlandt. Um die gewiß dringende Angelegenheit neuerdings zu fördern und zu dem erwünschten Ziele zu führen, wird demnächst seitens der hiesigen Arbeiterschaft eine Eingabe an den Herrn Oberpräsidenten gerichtet werden, in der auf die Notwendigkeit der Aufhebung der Grenzsperre für hiesige Gegend hingewiesen wird.

* **Minden**, 16. Okt. Die feierliche Einweihung des neuen Regierungsgebäudes fand heute nachmittag statt. Bei der Feier waren u. a. zugegen: Minister des Innern von Bethmann-Hollweg, der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben, Oberpräsident Staatsminister Frhr. v. d. Recke und als Vertreter des Ministers der öffentlichen Arbeiten der Ministerial- und Oberbaudirektor Hinckeldeyn. An eine Festsitzung schloß sich eine Besichtigung des Gebäudes und ein Festmahl, wozu auch die Spitzen der hiesigen Militär- und Zivilbehörden eingeladen waren.

* **Sennelager**, 16. Okt. Der Truppenübungsplatz wird mit elektrischer Beleuchtung versehen. Es ist eine Ausnutzung der Wasserkraft des Thunebaches beabsichtigt.

☞ **Gladbeck**, 16. Okt. Der hiesige katholische kaufmännische Verein wird in diesem Winter einen Zyklus populär-wissenschaftlicher Vorträge veranstalten. Man muß es dem Verein Dank wissen, daß er seinen Mitgliedern auch auf diese Weise Gelegenheit gibt, ihre Kenntnisse und ihr Wissen zu bereichern. Hoffentlich finden diese Art Vorträge auch in der Bürgerschaft allgemeinen Anklang. Es werden folgende Vorträge gehalten: „Die Kunst am häuslichen Herd" (Dr. Witte-Münster), „Streifzüge durch die neue deutsche Literatur" (Dr. Witte-Münster), „Apologetischer Vortrag" (P. Dionysius-Münster), „Land und Leute unserer Kolonien" (ein preußischer Kolonial-Offizier a. D.), „Wie betrachtet man Kunstwerke" (Dr. Witte-Münster), „Moderne Sittlichkeitsbestrebungen" (Dr. Roeren-Köln).

* **Buer**, 16. Okt. Die von der hiesigen Gemeindevertretung beschlossene Errichtung einer höheren Töchterschule wurde von der Königlichen Regierung genehmigt.

* **Dortmund**, 17. Okt. Zum Generaldirektor der Bergbau-Gesellschaft Hibernia ist Herr Bergrat und Bergwerksdirektor Lindner in Dortmund gewählt worden. Herr Lindner war bisher Mitglied des Direktoriums der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, speziell waren ihm die Zechen Minister Stein und Hardenberg unterstellt. — Der Vorstand des hiesigen katholischen Gesellenvereins beabsichtigt an der Ecke der Geld- und Silberstraße im Anschluß an die bereits vorhandenen Gebäulichkeiten des Vereins an der Silberstraße einen großen Neubau binnen kurzem aufzuführen. Im Erdgeschoß sollen große Restaurationsräume, ein geräumiger Speisesaal sowie Zimmer zu Vereinszwecken pp. hergerichtet werden, während die Obergeschosse vorwiegend Logierzimmer erhalten sollen. — Die Firma Warenhaus Th. Althoff hat für ihre jungen weiblichen Angestellten, eine Abteilung für kaufmännische Mädchenfortbildungsschule errichten lassen. Die Schule steht unter der Direktion des Leiters der hiesigen höheren Handelsschule, Dr. Müller.

* **Werl**, 16. Okt. In der Zeit vom 9. bis zum 13. Oktober fand am hiesigen Königl. Lehrerseminar die zweite Lehrerprüfung statt. Von den 23 Herren, die sich gemeldet hatten, waren 20 erschienen. Die Prüfung hatte das erfreuliche Ergebnis, daß 18 jungen Lehrern die Berechtigung zur endgültigen Anstellung im Schuldienste erteilt werden konnte. Den Vorsitz führte Provinzialschulrat Dr. Flügel aus Münster; als Vertreter der Königlichen Regierung fungierten die Regierungs- und Schulräte Dr. König aus Arnsberg und Dr. Schulz aus Münster. Bischöflicher Kommissar war Domkapitular Dr. Woker aus Paderborn. Auch Kreisschulinspektor Dr. Schmitz aus Hamm nahm an der Prüfung teil.

* **Wanne**, 16. Okt. Der König hat die Eingemeindung der Gemeinde Crange nach Wanne genehmigt.

* **Herne**, 16. Okt. Der Hopfenhändler Theodor Weil aus Speyer, der Veranstalter der wenig glorreich verlaufenen Frankreichfahrt Courrières-Herne, hatte gegen den Ersten Bürgermeister Schaefer und den Wirt Schulte-Mattler in Herne Beleidigungsklagen eingeleitet. Die Klage gegen Schulte-Mattler wurde heute vormittag vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Es wurde in die Beweisaufnahme getreten. Die Zeugenaussagen ergaben aber hinsichtlich des in der Klage behaupteten Sachverhalts kein klares Bild. Das Gericht beschloß, den Prozeß zum Zwecke weiterer Zeugenladung zu vertagen. Im dem neuen Termin sollen die Beleidigungsklagen zusammen verhandelt werden.

* **Oberhausen**, 16. Okt. Unter Vorsitz des Herrn Generaldirektors Dr. Pieper-M.-Gladbach tagte hier in der „Reichskrone" der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Nach dem erstatteten Jahresbericht umfaßt der Verband 723 Vereine mit ca. 100 000 Mitgliedern. Gegen 1904 hat der Verband um ca. 400 Vereine mit 27 000 Mitgliedern zugenommen. Die Diözese Köln hat 292, Münster 141, Paderborn 220, Hildesheim 27, Fulda 48, Limburg 51, Osnabrück 14 und Metz 20 Vereine, die sich dem Verbande angeschlossen haben. Für das nächste Jahr soll eine energische Agitation für die katholischen Arbeitervereine erfolgen. Die Bildung von katholischen Arbeitersekretariaten hat Fortschritte gemacht. Neue sollen gegründet werden in der nächsten Zeit in den Diözesen Münster, Osnabrück und in Oldenburg. Der Westdeutsche Verbandsausschuß empfiehlt die Abhaltung von regelmäßigen Konferenzen der katholischen Arbeitersekretariate, eine entschiedene Agitation auf dem Lande, Gründung von katholischen Arbeiterinnenvereinen, Arbeiterexerzitien und Gewinnung des jugendlichen Nachwuchses und Beitritt zu der Verbandssterbekasse und Krankengeldzuschußkassen. Es wurde angeregt, die Bischöfe zu bitten, die Geistlichen des Landes zu ersuchen, die in die Städte wandernden Arbeiter auf die katholischen Arbeitervereine aufmerksam zu machen. Als wichtigstes Agitationsmittel bezeichnete man die Flugblattverteilung zugunsten der katholischen Arbeitervereine. Bei Erörterung der Polenfrage befürwortete man die Herausgabe von Flugblättern sozialen Inhaltes in polnischer Sprache. In den westlichen Bezirken verspricht man sich nicht viel von einer solchen Agitation, so lange die Hetze des „Wiarus Polski" von Bochum aus andauert. Dr. Müller-M.-Gladbach legte die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften dar. Trotz der abgesteckten Grenzen sei eine gemeinsame Arbeit auf dem Gebiete der christlichen Kultur möglich. Die christlichen Gewerkschaften hätten unter allen Umständen ihre Neutralität zu wahren, mitzuarbeiten gemeinsam mit katholischen Arbeitervereinen an der Verdrängung sozialdemokratischer Ideen. Die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften durch Zuführung von Mitgliedern sei Pflicht der katholischen Arbeitervereine, sie auch zu erziehen für ein gewerkschaftliches Denken und Fühlen. Der katholische Arbeiter dürfe die christliche Gewerkschaft nicht als Klassenkampfmittel, sondern als Klassenhebungsmittel betrachten. Arbeitervereine habe die christliche Gewerkschaft die Pflicht, ihre Mitglieder zum Eintritt in die konfessionellen Arbeitervereine anzuhalten. Dr. Pieper wandte sich gegen den Vorwurf, die Gewerkschaften schädigten die katholischen Arbeitervereine. Das Gegenteil sei der Fall. Im Westdeutschen Verbande habe man in den letzten 2 Jahren bei Unterstützung der christlichen Gewerkschaftsbewegung um 20 000 Mitglieder zugenommen. Bei den sozialpolitischen Wahlen sei ein gemeinsames Vorgehen dringend zu empfehlen. Generalsekretär Stegerwald bezeichnet das Verhältnis der katholischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften als ein gutes. In der Nachmittagssitzung gab Generalsekretär Stegerwald-Köln praktische Winke zur gemeinsamen Agitation zwischen katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften: Austausch der Mitgliederlisten, gemeinsame Versammlungen, eine systematische Hausagitation an Sonntagen. Arbeitersekretär Wolff erörterte das Vertrauensmännersystem innerhalb der katholischen Arbeitervereine. Arbeitersekretär Michel-Stolberg referierte über die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Schulung der Mitglieder. Die Arbeitervereine dürften keine Parteipolitik treiben, der katholische Arbeiter aber habe als solcher sich parteipolitisch zu schulen und den Parteiversammlungen beizuwohnen. Die Schriften des Volksvereins sollen in den Vereinen besprochen, dessen Flugblätter verteilt, die aktuellen Tagesfragen verhandelt werden. Zu wünschen sei, daß die Arbeiter hinreichende Vertretung erhalten in den Korporationen der Zentrumspartei. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher eine Vertretung der Arbeiter im Parlamenten und Parteiorganisation verlangt wird. Dr. Pieper richtete sodann die Aufmerksamkeit des Delegiertentages auf die Frage des Zuzuges junger Personen zum Arbeiterverein. Er empfahl, vor der Militärzeit schon die katholischen Arbeiter den Vereinen zuzuführen, ferner eine organische Verbindung mit den Jugendvereinen herbeizuführen, Werbeversammlungen für jüngere Personen abzuhalten, Gründung einer Jugendzeitung zur Fortbildung für Gesellen- und Arbeitervereine. Eine bezügliche Resolution wurde angenommen. Den Versammlungen wohnten bei Domkapitular Köping-Münster, Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine in der Diözese Münster, und der Generalsekretär des Paderborner Diözesanverbandes, Pfarrer Dahmann, Röhlinghausen.

Neueste Nachrichten.

Bonn, 16. Okt. (**Telegramm.**) Der Kaiser empfing heute morgen den Stellvertreter des Chefs des Zivilkabinetts, Geheimrat v. Eisenhart-Rothe, zu längerem Vortrage. Bald nach 9 Uhr begab sich der Kaiser im Automobil auf eine längere Spazierfahrt, die sich bis in den Nachmittag ausdehnen wird und deren Ziel Burg Eltz an der Mosel ist.

Die Generalleutnants v. Plorz (VIII. Armeekorps), v. Moltke, Chef des Generalstabes der Armee, Graf Hülsen-Häseler, Chef des Militärkabinetts, wurden zu Generälen der Infanterie ernannt. Oberst und Flügeladjutant v. Berg erhielt die zweite Garde-Infanterie-Brigade.

Berlin, 17. Okt. (**Telegramm.**) Am 12. Oktober wurde an der Ostgrenze zwischen Holpan und Lamburch südlich Hasena eine starke Hottentottenbande von der 3. Kompagnie des 2. Feldregiments angegriffen. Der Feind floh nach fünfstündigem Gefecht größtenteils in südwestlicher Richtung und wurde von der 8. Kompagnie sowie der Hälfte der 8. Batterie unter Führung von Major Siebert verfolgt. Unsererseits sind zwei Reiter gefallen, zwei leicht verwundet. Ein kleiner Trupp der Bande floh über die englische Grenze. Nach übereinstimmenden Nachrichten hatte der bei Holpan geschlagene Gegner vorher auf englischem Gebiet gesessen und mit einem Waffenschmuggler verhandelt. Die englische Behörde in Rietfontein bestätigte diese Nachricht und bedauerte am 10. Oktober ihr Bedauern, daß sie nicht in der Lage gewesen sei, diese Leute zu entwaffnen und festzunehmen.

Berlin, 17. Okt. (**Telegramm.**) Von dem Räuber der Stadtkasse Köpenick wird noch gemeldet: Der Pseudo-Hauptmann trug u. a. einen Offiziersdegen mit Gardelitzen, der auf dem Bahnhof Rixdorf, wo der Räuber sich umzog, gefunden wurde. Er legte dort die Uniform in einen Karton, welche er mitnahm. Da der Degen aber zu groß war, um in dem Kasten untergebracht zu werden, mußte ihn der Verbrecher zurücklassen.

Braunschweig, 17. Okt. (**Telegramm.**) In der dem Landtage zugegangenen Regierungsvorlage, betr. die künftige Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum wird zunächst der gesamte offizielle Briefwechsel der letzten Zeit, die Schreiben von dem Ministerium, vom Regentschaftsrat, vom Kaiser, dem Reichskanzler und dem Herzog von Cumberland rekapituliert. Zu dem Schreiben des Kaisers an den Herzog von Cumberland bemerkt das Ministerium in der Vorlage:

„Die Antwort des Kaisers geht dahin, daß Allerhöchstderselbe sich außerstande sehe, der Allerhöchst ihm von Sr. Königl. Hoheit ausgesprochenen Bitte näher zu treten. Die Ablehnung wird dahin begründet, daß der Inhalt des Schreibens des Herzogs von Cumberland keinen Grund biete, die Sach- und Rechtslage als verändert anzusehen, welche zu dem Bundesratsbeschlusse vom 2. Juli 1885 geführt habe. Man wird nicht umhin können, dem zuzustimmen. Der wesentliche Grund des mehrerwähnten Bundesratsbeschlusses ist nach dessen Wortlaut zweifellos in der Geltendmachung von Ansprüchen auf Gebietsteile des Bundesstaates Preußen seitens des Herzogs von Cumberland zu suchen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch der Referent der staatsrechtlichen Kommission der Landesversammlung, soweit uns bekannt, in vollem Einverständnis mit dieser bei der Begründung der Resolution besonders hervorgehoben, daß auf die im Bundesratsbeschluß erwähnten Ansprüche in unzweideutiger Weise verzichtet werden müsse, ehe die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland oder eines seiner Söhne im Herzogtum erfolgen könne. Bei verschiedenen Anlässen hat sich schon die herzogliche Landesregierung zu derselben Auffassung bekannt. Von einem solchen Verzicht des Herzogs von Cumberland für sich und seine Söhne enthalten aber die Aktenstücke nichts. Es ist auch nicht zu erwarten, da aus dem Schreiben des Herzogs von Cumberland hervorgeht, daß derselbe die von ihm in dem Schreiben an den Kaiser abgegebene Erklärung bereits den eventuellen Verzicht auf Braunschweig als Grenze seines Entgegenkommens ansieht."

Das Ministerium macht weitere Mitteilungen von der erfolgten Konstituierung des Regentschaftsrates und schließt wie folgt: „Zu unserem Bedauern müssen wir auf Grund vorstehender Darlegungen konstatieren, daß z. Zt. ein Ausgleich der in der Resolution der geehrten Landesversammlung erwähnten Gegensätze welche zwischen der Krone Preußens und dem derzeitigen Haupte der jüngeren Linie des braunschweigischen Herzogshauses bestehen und im Beschluß des Bundesrats vom 2. Juli 1885 zum Ausdruck gebracht sind, nicht zu erreichen ist und daß mithin der durch die Resolution der Landesversammlung eingeleitete Versuch, endgültig eine Ordnung der Regierungsverhältnisse auf dem gemeinschaftlich von der geehrten Landesversammlung und der herzoglichen Landesregierung beschrittenen Weg herbeizuführen, als ergebnislos zu bezeichnen ist. Damit sind die Regierung und die Landesvertretung vor die Frage gestellt, was weiter zur Regelung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum geschehen soll. Die Antwort gibt die Verfassung, insbesondere das Regentschaftsgesetz vom 16. Febr. 1879 Nr. 3. Die maßgebenden Bestimmungen bieten zwar nicht die Möglichkeit, eine endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse herbeizuführen. Der Fürsorge der gesetzgebenden Faktoren, welche in richtiger Erkenntnis der dem Herzogtum drohenden unsicheren Lage jene Gesetze geschaffen, ist es zu danken, daß die Fortführung der verfassungsmäßigen Verwaltung des Herzogtums bei der auch jetzt nicht gehobenen Behinderung des erbberechtigten Thronfolgers gesichert erscheint. Das hierzu gebotene verfassungsmäßige Mittel ist die **Neuwahl eines Regenten** auf Grund des Regentschaftsgesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3, insbesondere § 6 desselben. Nach dem einstimmigen Beschluß des Regentschaftsrates, der dessen gleichfalls einstimmiger Vorlage entspricht, ersuchen wir die geehrte Landesversammlung, ihr Einverständnis damit zu erklären, daß nunmehr die Wahl eines Regenten nach Maßgabe des Gesetzes vom 16. Februar 1879, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, in die Wege geleitet werde.

Braunschweig, den 15. Oktober 1906.

Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgisches Staatsministerium.

gez. von Otto.

Rom, 17. Okt. (**Telegr.**) Giornale d'Italia veröffentlicht einen Artikel von Palamenghi Crispi, dem Neffen des früheren Ministerpräsidenten, worin er den Fürsten Bismarck gegen die Anklage in den Hohenloheschen Denkwürdigkeiten verteidigt, daß Bismarck in der bulgarischen Frage mit Rußland gegen Oesterreich-Ungarn gehen und den Dreibund im Stich lassen wollte. Palamenghi Crispi veröffentlicht Stellen aus dem Tagebuch Crispis, das demnächst herausgegeben werden soll, worin dieser über die Unterredungen mit Bismarck in den Jahren 1887, 1888 und 1889 Mitteilungen macht. Bismarck habe Crispi gesagt: die bulgarische Frage interessiere ihn gar nicht. Wenn darüber ein Krieg ausbräche, würde Deutschland nicht daran teilnehmen, so lange Frankreich ruhig bleibt. Er zweifle nicht an der Loyalität Oesterreich-Ungarns. Wenn der Friede im Orient gestört werde, werde Deutschland mit seinen Verbündeten zusammengehen.

Untergang des Unterseeboots „Lutin".

Paris, 17. Okt. (**Telegramm.**) Die Nachricht von dem Untergang des Unterseebootes „Lutin" hat hier unsagbare Aufregung hervorgerufen, als die gleichfalls im Hafen von Biserta erfolgte Katastrophe des „Farfadet" noch in frischer Erinnerung ist. Der Marineminister, welcher von der Unglücksnachricht tief erschüttert wurde, empfing in der Nacht mehrere Berichterstatter und äußerte sich pessimistisch über das Schicksal der Untergegangenen. Er sagte, daß sich im Hafen von Biserta keine Rettungsboote befinden, welche genügend mächtige Einrichtungen besitzen, um den „Lutin" aus einer Tiefe von 40 Meter heben zu können. Die Mannschaften würden zweifellos keinen so langen Todeskampf zu bestehen haben, wie die des „Farfadet". Der Marineminister gab dem Kommandanten des Hafens Toulon Befehl, schleunigst Hebefahrzeuge nach Biserta zu entsenden.

Das dänische Rettungsschiff „Berge Wilhelm", das gegenwärtig mit der Freimachung eines in der Nähe von Porto Varino gescheiterten französischen Segelschiffes beschäftigt ist, erbot sich, zur Hebung des „Lutin" nach Biserta zu gehen.

Dem „Petit Journal" wird gemeldet, daß sich an Bord des „Lutin" 2 Offiziere und 14 Mann befanden, da der Kommandant des Unterseebootes gestern noch zwei überzählige Maschinistenzöglinge angenommen hatte, die an den Taucherübungen teilnehmen sollten. — In Marinekreisen wird erklärt, nur ein Leck oder Maschinendefekt habe die Ursache des Unglücks [illegible] sein können.

Biserta, 17. Okt. (**Telegr.**) Unter Bestätigung der Meldung von dem Verschwinden des Unterseebootes „Lutin" wird dem Marineminister telegraphiert, daß der mit der Ausführung beschäftigte Bagger auf 40 Meter Tiefe einen gewissen Widerstand fand.

Geschäftliches.

△ **Leipzig**, 14. Okt. Im „Hotel Sachsenhof", Johannisplatz 1, I. Et. in Leipzig ist ein Café unter dem Namen „Café Sachsenhof" errichtet. Dasselbe ist als Lese-Café in großem Stil eingerichtet und bietet seinen Besuchern eine umfassende Auswahl von rund 300 in- und ausländischen Zeitungen, wissenschaftlichen Zeitschriften, Fachblättern, sowie Städte- und Handels-Adreßbücher zur Einsicht. (Auch der „Westf. Merkur" ist darunter vertreten.) Das „Café Sachsenhof", welches durch seine neuzeitliche Einrichtung ganz dem großstädtischen Zuge folgt, gewährt einem großen lesebedürftigen Kreise die erwünschte Annehmlichkeit im Studium der Zeitungen und begegnet dabei in wirtschaftlicher Beziehung allen Ansprüchen an ein Café ersten Ranges.

Handels-Nachrichten.

Der Nachdruck aller mit einem * bezeichneten Artikel ist nur mit Quellenangabe gestattet.

* **A.-G. Maschinenfabrik „Deutschland" in Dortmund.** Wie der Geschäftsbericht ausführt, waren alle Abteilungen des Werkes fortgesetzt reichlich beschäftigt; um die Lieferfristen möglichst prompt einzuhalten, musste durchweg mit Ueberstunden gearbeitet werden. Die Produktion erfuhr infolgedessen gegen das Vorjahr eine weitere beträchtliche Steigerung und zwar um reichlich 27 Proz. Die Fakturen beliefen sich im verflossenen Jahre auf 1 771 831 M., gegen das Vorjahr um weitere 378 234 M. mehr; der Fabrikationsüberschuss beträgt 271 555 (186 532) M. Die Einnahme an Miete betrug 15 001 (15 583) M. Nach Deckung der Abschreibungen in Höhe von 58 759 (54 112) M., der Zinsen von 6918 M. und einer Kursdifferenz auf Effekten von 506 M. bleibt unter Hinzurechnung von 10 246 M. Saldovortrag aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 231 605 (240 350) M., aus dem 12 Proz. Dividende (8) verteilt werden sollen. Die im Laufe der Jahre vorgenommenen Gesamtabschreibungen auf die Anlage-Konten belaufen sich auf 2 441 861 M., gleich über zwei Drittel der ursprünglichen Anlagewerte exkl. Grund und Boden. Der Bestand an Halbfabrikaten betrug zu Ende des verflossenen Geschäftsjahres 278 583 (213 085) M. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug durchschnittlich 349 (319). Am Ende des Berichtsjahres lagen noch für 1 025 938 M. Aufträge vor gegen 680 000 desselben vorjährigen Zeitpunktes; der gegenwärtige Bestand der unerledigten Aufträge hat sich weiter auf 1 300 000 M. erhöht, ist damit um mehr als eine halbe Million höher als im Vorjahre. Mit dieser Arbeitsmenge ist die Fabrik für den grössten Teil des neuen Geschäftsjahres in allen Abteilungen reichlich beschäftigt. Angesichts der fortdauernden regen Nachfrage darf auch für das laufende Jahr ein befriedigendes Resultat erwartet werden.

* **Louis Schwarz u. Co., Akt.-Ges. in Hemelingen-Dortmund.** Nach Abschreibungen in Höhe von 88 451 (58 474) M. verbleibt für das Geschäftsjahr 1905/06 ein Reingewinn von 148 627 (108 932) M., der wie folgt verteilt werden soll: 10 Proz. Dividende auf 1 Mill. M. Aktienkapital gleich 100 000 M. (8 Proz. auf 800 000 M. gleich 64 000 M.), zur Reserve 6804 (5439) M., Tantiemen 27 080 (22 824) M., Vortrag 14 113 (11 948) Mark. Das gute, durchweg gleichmässig starke Beschäftigung des Werks machte, wie der Geschäftsbericht ausführt, verschiedene Neubauten, sowie Ankäufe von Grundstücken notwendig. In Dortmund [illegible]

[illegible]

* **Westfälische Drahtwerke in Werne bei Langendreer.** [illegible]

* **Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat** [illegible]

* **Düsseldorfer Röhrenindustrie in Düsseldorf-Oberbilk.** [illegible]

* **Niederrheinische Flachsspinnerei in Dülken.** [illegible]

* **Bergwerks-Gesellschaft Aller-Nordstern m. b. H. und Gewerkschaft Nordstern in Köln.** [illegible]

dass die von jenem zum 1. Juli 1906 versandten Kontoauszüge von der Kundschaft allgemein beanstandet worden seien. Auch halte er die Angaben seines Vorgängers über die Aktieneinzahlungen für unzutreffend, ebenso die Mitteilungen, die jener den Aktionären über die Geschäftslage der Nordfriesischen Bank machte, und anderes mehr. Grössere Verluste hält der neue Direktor für ausgeschlossen. Der Antrag auf Ausschluss des Aufsichtsratsvorsitzenden sei vom dem Aufsichtsrat selbst gestellt worden. Der Vorsitzende ist inzwischen, wie wir jüngst berichteten, freiwillig zurückgetreten, ebenso sein Stellvertreter. Die Anzeige gegen den früheren Direktor der Bank bei der Staatsanwaltschaft erfolgte seitens des neuen Leiters, als jener durch Errichtung eines eigenen Bankgeschäftes der Nordfriesischen Bank Konkurrenz zu machen begann. Die Emission von 1 Mill. M. neuen Aktien, die die Nordfriesische Bank vor einiger Zeit beschloss, bezeichnet der Direktor als total verfehlt, auch das habe zu seinem Antrag auf Liquidation der Bank beigetragen.

* **Gothaer Waggonfabrik vorm. Fritz Bothmann u. Glück, Akt.-Ges.** Der Rechenschaftsbericht für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr teilt mit, dass die Rekonstruktion der Gesellschaft durchgeführt worden ist. Das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres ist zufriedenstellend. Das ganze Jahr hindurch war die Fabrik gut beschäftigt, die Gesamtleistungen haben befriedigt, und bei dem erheblich erhöhten Umsatz haben sich die in den letzten Jahren getroffenen Neueinrichtungen und Verbesserungen bewährt. Der Umsatz betrug 2 096 466 (1 945 242) M. Bestellungen lagen am 1. Juli 1906 für 2 192 592 (1 096 566) M. vor. Das Warenkonto ergab 617 791 (i. V. 407 842) M. Nach Abzug der Unkosten, Zinsen, Provisionen der Abschreibungen u. a. verbleibt ein Reingewinn von 146 969 M. (i. V. 314 991 M. Verlust), der folgende Verwendung findet: zum Reservefonds 7349 M., 8 Proz. Dividende auf Vorzugsaktien gleich 60 000 M., 5½ Proz. Dividende auf Stammaktien gleich 41 250 M., Tantième an Aufsichtsrat 7964 M., Zuweisung zum Arbeiter-Unterstützungsfonds 3000 M., Vortrag auf neue Rechnung 27 426 M. Die Fabrik ist gegenwärtig für längere Zeit ausreichend beschäftigt. Mit Rücksicht auf die vorliegenden und noch zu erwartenden Aufträge glaubt sie für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis erwarten zu dürfen.

* **Chemische Werke vorm. Dr. Heinrich Byk in Berlin.** Das mit dem 30. Juni 1906 abgeschlossene Geschäftsjahr der Gesellschaft stand, wie der Geschäftsbericht betont, unter dem Einfluss der Reorganisation der Betriebe und hat ein ungünstiges Ergebnis gezeitigt. Die Bilanz weist einen Bruttogewinn von 79 894 M. aus, dem an Handlungsunkosten 189 628 M. gegenüberstehen. Infolge einer Reihe von Abschreibungen, die sich als nötig erwiesen, ergibt die Bilanz einen Verlust von 479 454 M., wozu der Verlustvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 144 952 M. tritt, sodass der Gesamtverlust 624 406 M. beträgt. Die Gesellschaft für Farbenfabrikation m. b. H., deren sämtliche Anteile im [illegible]

* **Das Warenhaus für deutsche Beamte, Akt.-Ges. in Berlin,** [illegible]

* **Die Berlinische Feuerversicherungs-Anstalt in Berlin** [illegible]

* **Aus dem Getreide-Wochenbericht** [illegible]

* **Aus der Spiritus-Industrie.** [illegible]

* **Nordfriesische Bank, Tondern.** [illegible]

Syndikat nicht zu ungebührlich hohen Preisen festgehalten hätte. Darin liegt auch ein wichtiger Grund der Gegnerschaft der Spiritus verbrauchenden Industrien gegen das Spiritus-Syndikat. Die Stellung dieser Industrien auf dem Weltmarkte dürfte eine weitere Erschwerung erfahren durch die demnächst in den Vereinigten Staaten eintretende Steuerfreiheit für Alkohol zu technischen Zwecken. Die Folgen der vorjährigen Ueberproduktion kommen in der Höhe der Bestände, die in das neue Jahr übernommen wurden, zum Ausdruck; diese werden mit 775 000 Hektl. ausgewiesen (gegen 394 000, 261 000, 300 000 am Schlusse der drei letzten Jahre). Abgesehen vom Jahre 1901-02, in dem die Bestände etwas über 1 Mill. Hektl. betrugen, waren die Vorräte am Schlusse der Saison noch nie so gross als diesmal. Mit den grossen unsichtbaren Vorräten zeigen sich die Stocks übrigens auch dieses Jahr auf mehr als 1 Mill. Hektl. belaufen. In dieser Tatsache kommt die überaus schwierige Lage des Spiritusgewerbes zum Ausdruck.

* **Porzellanfabrik C. M. Hutschenreuther Akt.-Ges. in Hohenberg.** Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 11 Proz. (i. V. 9 Proz.) fest und wählte den Aufsichtsrat wieder. Die Verwaltung bezeichnete den Geschäftsgang als günstig.

* **Baumwollspinnerei Akt.-Ges. Gelenau im Erzgebirge.** Die ausserordentliche Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals von 500 000 M. auf 1 Mill. M. und ferner ermächtigte sie den Aufsichtsrat, eine hypothekarische Anleihe in Höhe von 250 000 M. an erster Stelle aufzunehmen und überliess dem Aufsichtsrat die näheren Modalitäten betreffs der Ausgabe dieser neuen Werte. Neu gewählt wurden in den Aufsichtsrat die Herren Stadtrat Bauer in Aue und Direktor Löbbe vom Chemnitzer Bankverein.

* **Die österreichische Südbahn** unterbreitet laut der „N. Fr. Pr." der Regierung Anträge auf Erhöhung der Tarife, die im allgemeinen genehmigt werden dürften; die Tariferhöhungen sollen bei den bisher ermässigten Frachtsätzen erfolgen, die im Anhange zum Lokaltarif der Gesellschaft enthalten sind. Die bisherigen Ermässigungen sollen teils gänzlich aufgehoben werden, teils Erhöhungen Platz machen. Die Erhöhungen beziehen sich meist auf Massenartikel, wie Kohle, Eisen, Holz, Baumwollwaren; da die Verkehre, bei welchen Erhöhungen eintreten sollen, umfangreich sind, werden auch die Einnahmen eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren.

* **Banknoten der Belgischen Nationalbank.** Nach einer Mitteilung des Kaiserlich deutschen Generalkonsuls zu Antwerpen hat die Belgische Nationalbank beschlossen, die im Januar ausgegebenen vorläufigen Einhundertfranken-Noten aus dem Verkehr zurückzuziehen, nachdem der Druck der neuen vierfarbigen Noten weiter vorgeschritten ist. Die Inhaber werden, da die Gefahr vorliegt, dass Fälschungen der vorläufigen Noten mit der rotbraunen Inschrift „Cent Francs" versucht werden, ersucht, diese schleunigst gegen neue oder gegen alte mit dem schwarzfarbigen Aufdruck „Cent Francs" bei der Belgischen Nationalbank einzutauschen.

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

	16. 10.	17. 10.
Wechs. Amst. kurz	169,10	—
" Brüssel "	80,85	—
" London "	20,435	—
" Paris "	81,15	—
" Italien "	81,20	—
" Wien "	85,00	85,00
Privatdiskont	4⅞	4⅞
Berl. Handelsges.	172,50	172,20
Darmstädter Bank	139,00	139,25
D.-Asiat. Bank	172,25	172,40
Deutsche Bank	238,00	238,10
Diskonto-Kommand.	182,25	182,00
Dresdner Bank	157,00	157,40
Dresdner Bankv.	112,25	112,00
Essener Kreditanst.	184,75	184,10
Hannov. Bank	135,10	135,25
Nat.-Bank f. Dtschl.	128,30	128,30
Oesterr. Kreditanst.	209,50	211,50
Osnabrücker Bank	144,10	144,10
Pr. Zentr. Bod. Kr.	195,20	195,25
Schaaffh. Bankv.	157,30	158,40
3½% D. Reichsanl.	98,60	97,90
3% "	86,25	86,25
3½% Preuss. Kons.	98,30	98,20
3% Preuss. Kons.	86,30	86,25
3% Sächs. Rente	86,20	86,20
3½% Rh. Obl. S. 10	96,10	96,10
4% Westf. Pr.-Anl.	102,30	102,30
3½% " u. 1915	97,60	97,00
zinsl. Stadt-Anl.	—	—
4% Westf. Pfandbr.	101,30	101,10
3½% "	94,60	94,20
4% Rh.-W. Rentbr.	101,60	101,60
3½% " "	96,10	95,00
4% Rh.-Westf. Bod. Kr. Pfandbr. S. 9	101,00	101,00
3½% do. S. 6	95,40	95,25
4½% Argent. ausw.	95,10	95,25
6% Buenos Aires St.-Anl. u. U.	101,10	101,00
5% Chinesen 1896	101,20	100,90
4½% " 1898	96,70	96,10
4% Italiener	102,75	102,80
5% Mexikaner	100,90	100,00
4% Österr. Goldr.	98,75	99,00
4% " Kronenr.	99,10	99,25
4½% " Silberr.	—	—
4% Rumänier 1898	91,40	91,30
4% Russ. Kons. 1889	—	—
4% " inn. Anl.	70,30	70,40
Russenbank	139,10	139,00
4% Spanier	—	—
4% Ungar. Goldr.	94,50	94,70
4% Kronenrente	—	—
4% Türken 1903	94,40	94,40
Öst.-Ung. Staatsb.	147,30	147,30
Südöster. Lomb.	37,00	37,25
Canada Pacific	182,50	183,90
Lux. Prince Henry	148,50	148,75
Allg. Elektr.-Ges.	212,40	213,10
Anglo Cont. Guano	117,80	118,90
Bismarckhütte	221,00	224,90
Bliesenbach Vergng.	59,10	58,50
Boch. Bergw. C.	62,25	62,00
" Gusstahl	240,25	241,75
" Viktoriahr.	135,10	135,00
Böhler	287,50	287,50
Boecperde Walzw.	136,00	135,25
Buderus	127,80	127,10
Concordia Bergw.	320,50	320,50
Consol. Schalke	453,00	454,50
Dtsch.-Lux. neue	209,10	209,25
Dtsch.-Ueb. Elekt.	189,75	189,75
Dortm. Union C.	82,75	83,75
" " D.	103,00	103,10
" Brauerei	—	—
" Germ.-Br.	191,25	191,25
" Löwenbräu	197,00	195,50
" Unionbr.	342,00	341,00

	16. 10.	17. 10.
Dortm. Viktoriabr.	152,50	152,50
Düsseld. Eisen-Akt.	185,00	152,80
Dynamit Trust	175,00	175,00
Elektr. Hochbahn	128,00	128,00
Eschweiler Bergw.	247,00	241,75
" Eisen	140,75	143,00
Friedrichshütte	158,50	158,75
Geisweider Eisen	222,00	221,00
Gelsenk. Bergw.	223,50	223,50
" Gusstahl	114,00	114,90
Georgs-M.-H. St.-A.	89,50	89,50
" St. Pr.-A.	106,10	105,10
Glückauf-Brauerei	134,75	134,75
Gr. Berl. Str.-B.	184,80	184,50
Hamb. Packetf.	158,10	158,70
Hann. Masch. Egest.	374,10	374,50
" Strassenb.	75,60	75,80
Hansa	135,10	134,80
Hark. Bröckenh. cv.	107,25	101,80
" St. Pr.	127,25	127,25
Harpener Bergb.	213,30	212,50
Hasper Eisen	212,50	212,80
Hedwigshütte	191,00	190,25
Hengstenberg	158,25	155,25
Herbrand Waggon	161,00	163,25
Hochdahl V.-A.	113,50	110,00
Hörder St. Pr.-A.	205,00	204,25
Hösch Stahlw.	235,00	233,75
Humboldt Masch.	130,00	128,25
Isenbeck-Brauerei	94,50	94,80
Kölner Bergw.	482,25	482,50
Köln-Müs. Bergw.	164,25	164,00
König Wilh. kv. A.	281,00	281,60
" " St. Pr.	265,60	265,00
Königsborn Bergw.	178,00	179,00
Küppersbusch	215,25	215,25
Lahmeyer	141,00	142,00
Laurahütte	250,60	249,50
Lindenbr. Unna	69,50	69,60
Louise Tiefb. St. Pr.	103,00	103,00
Magdeb. Bergw.	218,75	219,50
Massener Bergw.	143,25	144,70
Mech. Web. Linden	144,25	148,75
Menden u. Schwerte St. Pr.	114,30	115,60
Nordd. Lloyd	124,50	124,30
Nordd. Woll-Kämmerei	154,25	—
Nordstern Bergw.	330,00	330,50
Oberschl. Eis.-Bed.	139,25	139,75
" Eis.-Ind.	—	108,70
Orenstein u. Koppel	228,50	228,10
Osnabr. Kupferdr.	118,75	118,50
Phönix Bergw. St.-A.	211,75	211,00
Rhein-Nassau	226,00	226,25
" Bergbau	113,00	113,25
" Metallw.	118,75	118,75
Rhein. Spiegel	178,60	177,00
" Stahlw.	196,75	197,50
" Westf. Kalkw.	146,00	145,90
Rombacher Hütte	209,00	208,50
Rote Erde	77,00	77,00
Schuckert Elektr.	127,00	128,40
Schulz Knaudt-Akt.	166,00	165,50
Siemens u. Halske	183,75	183,25
Stolb. Zink	182,00	184,00
Tecklenbg. Schiffw.	160,10	160,10
Thale Eis. V.-A.	138,10	138,50
Thiederhall	123,75	123,10
Wasserw. Gelsenk.	243,00	242,75
Westeregeln Alkali	225,25	225,00
Westf. Kupfer	135,75	136,40
" Draht	209,25	210,00
" Stahl	130,00	130,25
Wicking Zement	160,10	160,00
Wittener Bergw.	195,50	195,00
Wittener Gusst.	269,00	267,75
" Stahlr.	224,00	225,00
Wurmrevier	140,50	140,00
Zellstoff Waldh.	309,00	307,00

Nachbörse.

Oesterr. Kredit	—	211,50	Türkenlose	146,60	146,25
Berl. Handelsges.	172,10	171,90	4½% Japaner 05	92,60	92,75
Deutsche Bank	239,10	238,75	Boch. Gussst.	249,75	241,25
Diskonto	181,60	182,50	Dortm. Union C.	82,75	83,00
Dresdner Bank	156,90	157,10	Laurahütte	250,75	250,60
Canada Pacific	183,40	185,90	Consolidation	455,00	455,00
Baltimore and Ohio	128,10	128,10	Gelsenkirchener	223,25	223,25
Lombarden	37,10	37,00	Harpener	212,10	212,00
Russen 1902	73,80	73,90			

Tendenz: still. Reichsbank-Diskont: 6%

Tendenz-Bericht.

* **Berlin**, 17. Okt. Die gestrige Festigkeit der Russen an der Pariser Börse wirkte hier zu Beginn auf 1902er Russen anregend. Daraufhin war die Tendenz im allgemeinen im Lokalmarkte eine feste. Grossbanken zumeist um ¼ bis ½ Proz. höher. Am Montanaktienmarkt Hüttenaktien bevorzugt, Bochumer ½ Proz. höher, Deutsch-Luxemburger 1½ Proz. höher, Laurahütte abgeschwächt, Rheinstahl ½ Proz. höher, Consolidation 1½, Gelsenkirchener ½ Proz. höher, Harpener abgeschwächt. 3proz. Reichsanleihe unverändert. Japaner um 0,30 besser auf London. Am Eisenbahnaktienmarkt Franzosen stetig. Lombarden gut gehalten, Meridional 1 Proz. höher auf Heimatland, Prinz Heinrichbahn auf lokale Käufe besser. Von Amerikanern war Canada auf spekulative Käufe 1 Proz. höher. Warschau-Wiener 2 Proz. höher auf Käufe zum ersten Kurs, Lloyd unverändert, Packetfahrt 158,60. Der Gesamtverkehr zeigte im späteren Verlauf eine ruhige Haltung bei stetigen Kursen. Tägl. Geld 3 Proz. Bei Uebergang in die 2. Börsenstunde hielt die Geschäftsstille in sämtlichen Märkten weiter an bei Ausfälligkeiten meisten Kurse. 1900er Russen abgeschwächt, 1902er um 0,30 besser. Nachbörse ruhig. Lauraaktie fester. Bei Berichtsabgang trat eine irgendwie nennenswerte Aenderung der Kurse auf keinem der Märkte ein, da es an jedem Umsatz fehlte, ausgenommen Bochumer, gebessert auf Rückkäufe der Tagesspekulation.

In der 3. Börsenstunde war die Tendenz vorübergehend schwächer unter dem Drucke der Geschäftsstille und dem nicht befriedigenden Bankausweise. Industriewerte des Kassamarktes ziemlich fest.

Getreide.

* **Berlin**, 17. Okt. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) **Produktenbörse.** Weizen Okt. (—) —, Dez. (178¼) 178, Mai (182½) 182. Roggen Okt. (—) —, Dez. (160) 160, Mai (164¼) 164¼. Hafer Okt. (158½) 158½, Dez. (157¼) 157¼, Mai (162¾) 162¾. Mais amerik. Mixed Okt. (126½) 126½, Dez. (126½) 126½, Mai (123½) 123½. Weizenmehl 22,75 bis 24,75. Roggenmehl 20,60 bis 22,40.

* **Paris**, 17. Okt. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) Wetter bewölkt. Eröffnungskurse.

		Anf. 17.	Schluss 16.			Anf. 17.	Schluss 16.
Hafer		fest	ruhig	Weizen		stetig	stetig
	Okt.	21,35	21,35		Okt.	23,55	23,60
	Nov.	21,20	21,15		Novbr.	23,55	23,55
	Nov.-Febr.	21,30	21,35		Nov.-Febr.	23,50	23,50
	Jan.-April	21,40	21,40		Jan.-April	23,55	23,60
Roggen		ruhig	ruhig	Mehl		stetig	stetig
	Okt.	18.—	18.—		Okt.	31,40	30,35
	Nov.	18.—	18.—		Nov.	30,90	30,85
	Nov.-Febr.	18,25	18,25		Nov.-Febr.	30,80	30,80
	Jan.-April	18,40	18,40		Jan.-April	30,55	30,55

* **Liverpool**, 17. Okt. (Eig. Drahtb. d. „Westf. Merkur".) Roter Winterweizen Dez. (6/5⅞) 6/5⅞, März (6/5⅞) 6/5⅞, ruhig. Bunter amerikanischer Mais Dez. (4/4⅛) 4/4⅛, Jan. 4/0⅞) 4/0⅞, ruhig.

Zucker.

* **Hamburg**, 17. Okt., nachm. 3 Uhr. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88%, Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg Okt. 18,70, Nov. 18,25, Dez. 18,30, März 18,60, Mai 18,85, Aug. 19,10, ruhig.

* **Magdeburg**, 17. Okt. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Kornzucker 88%, ohne Sack 8,90–8,97. Nachprodukte 75%, ohne Sack 7,35–7,50. Stimmung schwächer. Brotraffinade I. ohne Fass 19,25–00,00. Kristallzucker I. mit Sack 00,00–00,00. Gem. Raffinade mit Sack 18,75–19,00. Gem. Melis mit Sack 18,25–18,50. Stimmung still. Bei Abnahme von mindestens 200 Zentnern alles netto Zentner. Rohzucker I. Produkt Transito frei an Bord Hamburg Okt. 19,75 Gd., 18,80 Brf., Nov. 18,30 Gd., 18,40 Brf., Dez. 18,35 Gd., 18,45 Brf., Jan.-März 18,55 Gd., 18,65 Brf., Mai 18,85 Gd., 18,90 Br., Aug. 19,10 Gd., 19,20 Brf. flau.

Baumwolle.

* **Bremen**, 17. Okt. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Baumwolle. Upland middl. loco (65) 64½ Pfg. ruhig.

* **Liverpool**, 17. Okt., mittags 12 Uhr 45 Min. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz für Amerikaner loco träge. Preis: 6,24. Amerikanische good ordinary Lieferungen: —, willig. Okt. (6,22) 6,02, Okt.-Nov. (6,17) 5,98, Nov.-Dez. (6,16) 5,94, Dez.-Jan. (6,12) 5,95, Jan.-Febr. (6,13) 5,95, Febr.-März (6,15) 5,96, März-April (6,17) 5,98, April-Mai (6,18) 6,00, Mai-Juni (6,19) 6,01, Juni-Juli (6,21) 6,02.

Kaffee.

* **Hamburg**, 17. Okt., nachm. 3 Uhr. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) (Schlussbericht.) Good average Santos Okt. 36½, Dez. 37, März 37½, Mai 37¾, stetig.

* **Havre**, 17. Okt., vorm. 10 Uhr 30 Min. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Kaffee good average Santos Okt. 46, Dez. 46, März 46, Mai 46½, ruhig.

Oele und Spiritus.

* **Berlin**, 17. Okt. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Rüböl Oktbr. (63,90) 64,20, Dezbr. (65,50) 64,90, Mai (62,50) 62,60.

* **Paris**, 17. Okt. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) Wetter bewölkt. Eröffnungskurse.

		Anf. 17.	Schluss 16.			Anf. 17.	Schluss 16.
Rüböl		stetig	matt	Leinöl		ruhig	ruhig
	Okt.	73,75	73,25		Jan.-April	46.—	46,25
	Nov.	73,75	73,25	Spiritus		matt	ruhig
	Nov.-Dez.	75.—	73,50		Okt.	48,50	48,75
	Jan.-April	74,25	73,75		Nov.	45,75	45,75
Leinöl		ruhig	ruhig		Jan.-April	44,25	45.—
	Okt.	45,50	45,25		Mai-Aug.	45,75	46.—

Metalle.

* **London**, 17. Okt. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Anfang. Chili-Kupfer 101⅞, per 3. Monat 101⅞, stramm. Zinn 199, per 3. Monat 198, stramm.

* **London**, 17. Okt. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Schluss. Chili-Kupfer 102⅞, per 3. Monat 102, stramm. Zinn 198½, per 3. Monat 198, fest.

Amerikanische Warenkurse.

(Eigener Drahtbericht des „Westf. Merkur".)

* **New-York**, 17. Okt. Baumwolle Dez. (11,02) 10,92, Jan. (11,07) 10,96, März (11,28) 11,13, Mai (11,89) 11,21, k. stetig.

* **New-York**, 17. Okt. Weizen. Dez. (81⅞) 81⅞, stetig.

* **Chicago**, 17. Okt. Weizen. Dez. (73⅞) 73⅞. Mais. Dez. (42⅞) 42⅞, stetig. Hafer. Dez. (33⅞) 33⅞.

Chicago, 17. Okt. Schmalz. Jan. (8,20) 8,17. Pork. Jan. (13,72) 13,67.

Patent-Liste

geschützter Erfindungen westfälischer Erfinder, herausgegeben vom Verbands-Patent-Bureau Brust, Filiale Bielefeld, Klosterplatz. Tel. 610.

I. Patent-Anmeldungen:

21c. Vorrichtung um den Ort einer durchgebrannten Verteilungssicherung eines elektrischen Stromverteilungsnetzes in der Zentrale kenntlich zu machen. **Ferdinand Schultz**, Münster i. W., Aegidiistrasse 48.

81b. Vorrichtung zur Herstellung von Formen für Riemenscheiben ohne Teilung im Kranze, aber mit Teilung in der Speichenebene. **Franz Tangerding**, Bocholt i. W.

II. Patent-Erteilungen:

34l. Löffel oder Kelle mit hohlem Stiel und Schöpfteil. **Hildegard Kassner**, Münster i. W., Nordstr. 39.

24k. Falltür mit Rahmen für Kochherde, bei welcher als Stütze der Tür zwei Nocken angeordnet sind, die beim Oeffnen der Tür in den an den Rahmen angebrachten Schlitz greifen. **Herner Herdfabrik**, Herne i. W.

III. Gebrauchsmuster:

71a. Gummi-Ecke an Stiefelabsätzen, mit abgeschrägter Kante. **Heinrich Kornfeld**, Gütersloh.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: [illegible] in Münster.

Es war eine schreckliche Zeit!

Christiansfeld, den 7. Juni 06. Meine Krankheit dauerte acht Monate und bin von einem Arzt zum anderen gegangen — keiner konnte mir helfen. Wohl hatte ich durch Regel eine schädliche Linderung, sobald mir es nicht bei den alte Lehre. [illegible]

Bekanntmachung.

Die zur namentlichen **Feststellung der steuerpflichtigen Personen** [illegible] erforderliche **Aufnahme des Personenstandes** wird in diesem Jahre am **Sonnabend, den 27. Oktober** und an den folgenden 3 bis 4 Werktagen [illegible]. **Die Aufnahme erfolgt mittels Formulare (sogn. Hauslisten),** welche durch dazu ermächtigte Beamte den Besitzern bewohnter Grundstücke oder deren Stellvertretern bezw. Haushaltungsvorständen **einige Tage vor dem 27. Oktober zugestellt werden.** Wir ersuchen hierdurch die Besitzer bewohnter Grundstücke oder deren Stellvertreter und die Haushaltungsvorstände, **diese Hauslisten nach den vorgedruckten Anweisungen genau und vollständig nach dem Stande beim Beginn des 27. Oktober d. Js.** auszufüllen und an jenem bezw. den folgenden Tagen ausgefüllt zum Abholen bereit zu halten, auch den Beamten die etwa noch notwendige Auskunft bezüglich der Ausfüllung der Listen zu geben.

Für den mit dem 1. April 1903 zur Stadt eingemeindeten Bezirk verweisen wir noch besonders auf die den Hauslisten vorgedruckte Anweisung.

Wir machen auf die Vorschriften des §23 u. §74 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 aufmerksam, wo es heißt:

§. 23. Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstücks oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Behörde die auf dem Grundstück vorhandenen Personen mit Namen, Beruf oder Erwerbsart, Geburtsort, Geburtstag und Religionsbekenntnis anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

§. 74. **Wer die in Gemäßheit des § 23 von ihm erforderte Auskunft verweigert oder ohne genügende Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist gar nicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird mit einer Geldstrafe bis 300 Mark bestraft.**

Münster, den 16. Oktober 1906.

Der Magistrat.
Farwick.

Jedes 2te Los gewinnt bei der **KÖLNER** Kunstausstellungs-Lotterie Lose à **2 Mk.**

Wer 1 gerade und 1 ungerade Endnummer kauft, erhält 1 Gewinn.

150000 Lose **75000 Gewinne**

i. W. v. **135000 Mk.**

Dabei sind die Hauptgewinne im Werte von

15000, 10000, 5000, 3000
2000, 2 à 1500, 3 à 1000, 5 à 600
20 à 300, 30 à 100, 50 à 60, 200 à 40, 600 à 10 Mark

die übrigen Gewinne sind Reproduktionen von Werken erster Künstler. Ziehung am 31. Oktober im Dienstgebäude der Kgl. General-Lotterie-Direktion in Berlin. Lose à 2 Mark (Porto und Liste 30 Pfennig extra) Zu haben bei den **Königl. Lotterie-Einnehmern** und sonstigen Lose-Verkaufsstellen. Wo nicht, versendet solche die **Lose-Vertriebs-Ges. Kgl. Preuss. Lotterie-Einnehmer** G. m. b. H. Berlin N., Monbijouplatz 1.

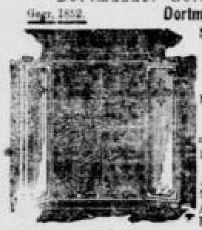
Kölner Kunstausstellungs-Lose à 2 Mark empfiehlt und versendet
Glückskollekte A. Rolef, Münster i. W., Markt 37.

50 Mark wöchentlich

kann **jede strebsame Person** reell und leicht verdienen, auch als Nebenbeschäftigung. ***Alles Erforderliche gratis und franko,*** daher absolut kein Risiko. Offerten unter A. 4053 befördert die Annoncen-Expedition **Heinr. Eisler, Hamburg.** 7149

Pohlschröder & Co.,

Dortmunder Geldschrankfabrik.
Gegr. 1852. **Dortmund.** Gegr. 1852.



Specialfabrik für Panzerschränke u. Tresorbau.

Thermitsichere

Panzerschränke, Panzertüren, etc., sowie **Tabernakel** und **Stahlcassetten.** (135)

Unerreichtes Fabrikat.

Lieferanten d. Reichsbank, Post, Firma Fr. Krupp etc.

Ausstellung Düsseldorf 1902 „Gold. Medaille“ u. „silb. Staatsmed.“

Alleinvertretung und reich sortirtes Lager für Münster und Umgegend.

J. G. Niemann, *Klosterstr. 23,* (Glaspassage).

Bestimmungen

für die Herbst-Kontrollversammlungen 1906 im Landkreise Münster.

Es haben zu erscheinen:	Ort, wo die Kontrollversammlung stattfindet.	Datum und Stunde der Kontrollversammlung.	Gemeinden, aus denen die Mannschaften zu erscheinen haben.
Die gedienten Mannschaften der Jahresklassen 1899 bis 1906, die vom 1. April bis 30. September 1894 Eingetretenen und sämtliche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften.	Handorf beim Wirt Mickinghoff.	2. 11. 06 9 Uhr vorm.	Die Gemeinde Handorf und die Bauerschaften Werse und Kerr vom Amt St. Mauritz.
	Gelmer beim Wirt Jenning an der Schiffahrt.	2. 11. 06 11 Uhr vorm.	Die Bauerschaft Gelmer vom Amte St. Mauritz, sowie die Bauerschaften Fuestrup und Bockholt vom Amte Greven.
	Saerbeck, an der Kirche.	3. 11. 06 10½ Uhr vorm.	Saerbeck, Amt.
	Greven, Saal des Wirts Wienninghoff.	5. 11. 06 9½ Uhr vorm.	Greven Amt, ausschl. Westerode, Fuestrup und Bockholt.
	Sandrup, Wirtschaft Piepenbrock.	5. 11. 06 11½ Uhr vorm.	Die Bauerschaften Coerde, Sandrup, Sprakel des Amtes St. Mauritz und Gimbte vom Amte Greven.
	Nienberge, Saal des Wirts Kettelar.	6. 11. 06 10 Uhr vorm.	Nienberge, Gemeinde.
	Havixbeck, Saal der Witwe Havixbeck.	7. 11. 06 10½ Uhr vorm.	Havixbeck, Amt.
	Roxel, an der Kirche.	8. 11. 06 10½ Uhr vorm.	Roxel, Appelhülsen, Schapdetten.
	Roxel, an der Kirche.	8. 11. 06 1 Uhr nachm.	Roxel, Amt, ausschl. Nienberge.
	Amelsbüren, an der Kirche.	9. 11. 06 9½ Uhr vorm.	Amelsbüren.
	Hiltrup, Saal des Wirts Vogt.	9. 11. 06 11 Uhr vorm.	Hiltrup.
	Albersloh, Saal des Wirts Elberfeld.	10. 11. 06 9½ Uhr vorm.	Albersloh u. Rinkerode.
	Wolbeck, Gasthaus Thier.	10. 11. 06 11½ Uhr vorm.	Wolbeck, Alverskirchen und Angelmodde.
	Telgte, Hof der Wwe. Strumpe.	12. 11. 06 9½ Uhr vorm.	Telgte, Stadt und Kirchspiel.
	Westbevern, am Ausgange zum Bahnhof.	12. 11. 06 11½ Uhr vorm.	Westbevern, Gemeinde.

Anmerkungen:

I. Außer den in Spalte 1 des vorstehenden Verzeichnisses aufgeführten Mannschaften haben zu erscheinen:

Diejenigen Mannschaften, welche als Invalide anerkannt sind, jedoch noch zu den Mannschaften des Beurlaubtenstandes gehören, sowie auch diejenigen Mannschaften, welche als **zeitig** feld- und garnisondienstunfähig bezw. als nur garnisondienstfähig befunden sind.

II. **Die zur Kontrollversammlung einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes gehören für den ganzen Tag,** zu welchem sie einberufen sind, **zum aktiven Heere und sind den Militärgesetzen unterworfen.**

III. **Unentschuldigtes** Fortbleiben, sowie Zuspätkommen wird mit Arrest bestraft. **Als entschuldigt kann nur der gelten,** welcher seine Abhaltung durch eine Bescheinigung der Orts- oder Polizeibehörde hat beglaubigen lassen. **Das** Erscheinen an einer anderen als der vorgeschriebenen Kontrollversammlung, ohne daß hierfür ein zwingender Grund vorliegt, ist strafbar. Gesuche um Befreiung von der Kontrollversammlung sind **spätestens** 5 Tage vor der Kontrollversammlung der Kontrollstelle einzureichen. Unbeantwortete Gesuche sind als nicht genehmigt anzusehen.

IV. Mannschaften, welche mit Nachdienen bestraft sind, gehören zu demjenigen Jahrgange, in den sie zurückversetzt sind.

V. Militärpaß und Führungszeugnis sind mitzubringen.

VI. Militärische Orden, Ehrenzeichen und Denkmünzen sind anzulegen, Kriegervereinsmitgliedern ist das Anlegen ihrer Vereinsabzeichen (Mütze x.) gestattet.

VII. Das Mitbringen von geistigen Getränken, sowie auch der Flaschen ist verboten. Zuwiderhandelnde und angetrunken erscheinende Mannschaften werden mit Arrest bestraft.

Münster, den 10. Oktober 1906.

Königliches Bezirkskommando.
von Krupka.
Oberstleutnant z. D. und Bezirkskommandeur.

Versuche dein Glück!

Ziehung in 4 Tagen! **Sehr günstig!**

Hauptgew. **100.000 Mark bar.**

Rote Kreuz-Lose à 3.50 Mark. **Metzer Dombau-Lose,** 3 Mark und 2.50 [illegible].

Porto und Liste 30 Pfg. extra versendet bekannte

Glückskollekte A. Rolef, Münster i. W., Markt 37.

GERMANIA

Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin.
Sicherheitsfonds: 315 Millionen Mark.

Leibrenten-Versicherung

zu den günstigsten Bedingungen bei der höchsten Sicherheit.

Bisher ausgezahlte Renten: 33 Millionen Mark.

Prospekte und jede weitere Auskunft **kostenfrei** durch die Vertreter der Gesellschaft sowie durch das

Bureau der „Germania“ in Köln, Richmodstr. 8.



General-Vertrieb: CHR. TOELLE, Düsseldorf.

Rose & Co., Dortmund.

Westenhellweg 57, 59, 61, 63.

Möbelfabrik Hohe Strasse 128—130.

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern.

Salons, Wohnzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, in allen Preislagen, Stil- und Holzarten.

Grosse, unerreichte Auswahl in Gardinen, Teppichen, Dekorationen, Läufer.

Ausführung von feineren Bauarbeiten, Dielen, Treppen, Kamine, Wandvertäfelungen, Holzdecken. 304

Neuester Wohnungs-Anzeiger
für Münster, Königsstraße 59.

Wohnung, bestehend aus 5 Zimmern, Küche, Vorratskammer und Zubehör, in herrschaftlichem Hause (freie Mansarde) in gesunder und angenehmer Lage, an einzelne Damen oder kinderloses Ehepaar sofort oder später Junkerstraße 13 zu vermieten. Preis 320 Mark. 1578

Mansardenwohnung (3—4 Räume) sofort zu vermieten. Näheres Paulstraße 14. 1579

Gut möbl. Zimmer mit Morgenkaffee oder voller Pension sofort zu vermieten Bäumerstraße 7, II. Etage. 1580

2 freundl. möbl. Zimmer mit Morgenkaffee sofort zu vermieten Bergstraße 7, I. Et. 1581

Königsstraße 38 (Seiteneingang) **2 gut möblierte Frontzimmer** mit Morgenkaffee für Mk. 45 sofort oder später zu vermieten. 1582

Georgskommende 40 (Seiteneingang) mehrere freundlich **möbl. Zimmer** mit voller Pension sofort od. später zu verm. 1583

Stubengasse 6 gut **möbl. Wohn- und Schlafzimmer** mit Morgenkaffee zu vermieten. 1584

Georgskommende 9 **möbl. Mansardenzimmer** mit Morgenkaffee oder Pension zu vermieten. 1585

Klosterstraße 36 (parterre rechts) großes **gut möbl. Part.-Zimmer** mit Morgenkaffee an besseren Herrn sofort oder auch später zu vermieten. Preis nach Uebereinkunft. 1586

Diepenbrockstraße **unmöbl. Zimmer** zu vermieten. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. 1587

Augustastraße 18 **2 bessere möbl. Zimmer** (I. Et.) mit Morgenkaffee zu verm. 1589

Gartenstraße 39 **2 große, eleg. möbl. Zimmer** (I. Etage) in besserem Hause zu 45 Mk. zu vermieten. 1590

Hafenstraße 37 **gut möbl. Zimmer** (II. Etage), separat und ruhig gelegen, billig zu vermieten. 1592

Mühlenstraße 7 **2 fein möbl. Zimmer** mit Aussicht nach der Promenade in besserem Hause zu vermieten, Mitbenutzung des Gartens gestattet. 1593

Hammerstraße 23 **zwei schön möbl. Zimmer** zu vermieten. 1594

Kettelerstraße 18 **herrschaftl., abgeschl. I. Etage** (5 Zimmer, Balkon, Badezimmer, Küche u. Speisekammer, Mansarde, Koch- u. Leuchtgas, Zubehör) zu vermieten. Preis 575 Mark. Näheres Neubrückenstr. 10. 1595

Paulstraße 1 **gut möbl. Zimmer** mit oder ohne Pension preisw. zu verm. 1596

Hammerstraße 6 **möbl. Zimmer** mit voller Pension zu vermieten. Preis nach Uebereinkunft. Näh. bei **Rüsmer.** 1598

Buddenstraße 31 **2 möbl. Zimmer** mit Morgenkaffee sofort zu vermieten. 1599

Badestraße 15a (II. Etage) **2 fein möbl. Zimmer** mit Morgenkaffee sofort zu vermieten. 1600

Bispinghof 78 (I. Etage) **gut möbl. Wohn- u. Schlafzimmer** sof. zu verm. 1601

Abgeschl. Etagenwohnung, 4 Zim., Küche (Kochgas), Mans. u. Zubehör für 420 bis 450 Mk. sof. od. später zu vermieten. Näheres Breul[illegible]. 32, part. 1326

Herrschaftl. Wohnung, II. Etage, 5 Zimmer, Küche mit Speisekammer, Bad, 1 Mans., Leucht- u. Kochgas, elektr. Licht, Frauenstr. und Neuplatz-Ecke zu verm. Preis nach Uebereinkunft. **Ferd. Böker,** Restaurateur. 1347

Hochherrschaftliche II. Etage mit Zentralheizung und sonstigem Zubehör sofort oder auch später zu verm. Frauenstraße 44. Preis nach Uebereinkunft. 1451

Herrschaftl. Wohnung, an der Hammerstraße belegen, bestehend aus 7 Zimmern, Küche, komplettem Badezimmer, Mansarde, drei Kellern u. s. w., zum Preise von 1100 Mark sofort oder später zu verm. Näh. Hammerstr. 21. 1526

Mehrere herrschaftliche Wohnungen in Neubauten [illegible] Dettenstraße 1 und 3 (neben der Kreuzkirche) sofort zu vermieten. Dieselben enthalten 4 und 5 Zimmer, Badezimmer, Küche, Speisekammer, 1—2 Mansarden u. Zubehör, Koch- u. Leuchtgas vorhanden, ebenso Straß.- u. Hofbalkon, Erker. Preis 500—650 Mk. 1534

Breitegasse 39 **möbl. Zimmer** mit Morgenkaffee sofort zu vermieten. 1567

Wohnung, I. Etage, Jüdefelderstr. 55, 4 Zimmer u. Küche, mit Koch- und Leuchtgas, Wasserleitung, sof. od. später zu vermieten. Preis 400 Mark. Näheres Jüdefelderstraße 43. 1568

Gut möbl. Wohn- und Schlafzimmer sofort zu vermieten Breitegasse 34, I. Etage. 1569

In der Nähe der Bahn u. Promenade **I. Etage,** bestehend aus 5 Zimmern, Küche, Mädchenkammer, nebst allem Zubehör sofort oder später zu vermieten. Preis 750 Mk. Näheres daselbst Klosterstr. 56, II. Etage. 1570

Gartenstraße 59 zu sof. od. später **Wohnung** zu vermieten. Dieselbe enthält 6 Zimmer, Küche, Veranda, Mansarden, elektr. Licht, Koch- u. Leuchtgas, [illegible] u. Heizung. Näheres **C. H. Specht,** Roggenmarkt 2. 1573

Freundl. möbl. Zimmer (Promenadenseite) in ruhigem Hause mit Morgenkaffee Schützenstraße 19 sofort zu vermieten. 1574

Gut möbl. Zimmer mit Morgenkaffee an besseren Herrn sofort oder später zu vermieten Todestraße 24, I. Etage links. 1575

2 eleg. möbl. Zimmer sofort oder später an soliden Herrn zu vermieten. Näheres Neubrückenstraße 66-67, I. Et. 1576

Parterrewohnung (4 Zimmer, Keller, Trockenboden, Bleiche, Hofraum) sofort od. später an 2 oder 3 Personen Schmalestraße 18 zu vermieten. 1577

Ludgeristraße 24 (I. Etage) **2 fein möbl. Zimmer** mit Morgenkaffee sofort zu vermieten. 1602

Dettenstraße 1 **2 fein möbl. Zimmer** m. Morgenkaffee an besseren Herrn oder Dame sofort zu vermieten. 1603

Hoppendamm 8 **I. und II. Etagen-Wohnung** (4 Zimmer, Küche, Speisekammer, Wasserspülklosett, Keller, Koch- und Leuchtgasanlage) sofort zu vermieten. Preis: I. Et. 450 Mk., II. Et. 425 Mk. Näheres daselbst, part. 1604

Königsstraße 32 **2 gut möbl. Zimmer** m. Morgenkaffee sofort zu vermieten. 1605

Wasserstraße 6 **Haus billig zu vermieten.** Näh. in der Geschäftsstelle d. Bl. Königsstraße 59. 1606

Erscheint wöchentlich einmal.

Jede Eintragung kostet auf die Dauer von 3 Wochen 1 Mk., jede fernere Woche 25 Pfg. mehr.

Einzel-Nummern des „Neuesten Wohnungs-Anzeigers für Münster“ Königsstraße 59 zu haben.

Schlachtviehpreise nach Lebendgewicht

auf Grund amtlicher Marktberichte zusammengestellt und nach eigenen telegraphischen Berichten bearbeitet von der **Zentralstelle der Preußischen Landwirtschaftskammern (Viehverwertungsstelle) Berlin W.,** Köthener Straße 28/29.

	Schlachtgewicht	Berlin am 13. 10.	Hannover am 15. 10.	Dortmund am 15. 10.	Schlachtgewicht	Köln a. Rh. am*) 15. 10.	Elberfeld am 15. 10.	Essen a. R. am 8. 10.	Düsseldorf am 10. 10.
Auftrieb: Rinder		3545	402	803		1296	582	978	254
Kälber		1087	—	297		464	222	397	398
Schafe		7634	240	102		481	160	81	—
Schweine		12226	539	1948		3640	1309	2628	1157
Tendenz: Rinder		ruhig	mittel	mittel		langsam	ruhig	lebhaft	mitteim.
Kälber		ruhig	—	mittel		ruhig	ruhig	lebhaft	mittelm.
Schafe		ruhig	mittel	mittel		ruhig	ruhig	lebhaft	—
Schweine		ruhig	flott	mittel		ruhig	ruhig	lebhaft	zl. lebh.
Ochsen.		Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
a) vollfleischige, ausgemästete höchst. Schlachtwertes	61	51—54	48—49	49—50	58	53	45—46	45	49
b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	54	45—45	40—42	42—42	54	47—48	40—41	43—44	44—45
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	50	34—36	36—37	36—38	50	40—41	35—36	38—39	38—39
d) gering genährte jeden Alters	46	29—30	—	31—33	45	32—39	—	—	—
Bullen.									
a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren	60	48—51	—51	43—44	59	49	—	45	44—45
b) vollfleischige, jüngere	53	43—51	43—44	36—37	53	42—43	39—40	38—39	38—39
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	48	35—38	37—39	31—33	47	35—36	38—34	31—32	32—33
d) gering genährte	43	28—30	—	—	43	—	—	—	—
Färsen und Kühe.									
a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchst. Schlachtwertes	56	—	44—45	44—45	56	—	42—44	45—46	46
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchst. Schlachtwertes	52	—36	39—40	29—40	52	41—42	38—39	35—40	38—39
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	50	—34	35—37	35—37	49	36—37	33—34	34—36	35—36
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	44	28—30	—	29—31	43	30—31	—	27—29	28—29
e) gering genährte Kühe und Färsen	42	25—28	—	—	—	—	—	—	—
Kälber.									
a) Doppellender	—	—	—	—	72	79	—	76—78	79
b) feinste Mast- (Vollmilchmast) und beste Saugkälber	65	61—64	—	60—62	64	63	61—63	62—64	60—61
c) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber	60	52—55	—	57—59	60	52—55	57—60	58—60	51—54
d) geringere Saugkälber	54	40—45	—	52—56	49	—39	—	50—55	35—37
e) älteres gering genährtes Jungvieh (Fresser)	44	28—29	—	—	—	—	—	—	—
Schafe.									
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	50	42—44	42—43	40—41	50	43	36—37	42	—
b) ältere Masthammel	48	36—37	37—38	34—36	46	37—38	—	37—38	—
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	42	28—30	29—32	—	40	29—32	—	30—31	—
d) Holsteiner Niederungsschafe und Lämmer (a. Lbg.)	—	30—42	—	—	—	—	—	—	—
Schweine.									
a) vollfl. der fein. Rassen u. deren Kreuzungen bis zu 1¼ J.	—	69	74—75	74	—	72	72—73	75	76
b) Käfer (bezw. Fettschweine)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
c) fleischige	—	67—68	72—73	71—73	—	69—70	70—71	71—73	74—75
d) gering entwickelte	—	63—66	68—71	66—70	—	64—67	65—68	67—70	70—71
e) Sauen	—	65	—	—	—	—	—	—	—

*) Kälber- und Schafmarkt vom 11. 10. 06. Vorstehende Preise verstehen sich für 100 Pfd. Lebendgewicht. Auf die Notizen für Schweine rechnet Berlin 20 Proz., die übrigen Märkte ca. 20—22 Proz. Tara ab.

Patente.

Verbands-Pat.-Bureau Brust
Filiale Bielefeld, Klosterplatz
Telefon 610.
Prima Referenzen. 4 eigene Geschäfte.
7085

Das Volksbureau

in ***Münster i. W.,***

Verspoel 6, 1 Treppe hoch, gibt **Auskunft** in Fragen jeglicher Art (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Alters-Versicherung, Mietrecht, Steuerfragen usw.) und fertigt **Schriftsätze** an.

Geringe Gebühren.

Geschäftsstelle des Bauvereins für die Stadt Münster, Verspoel 6, 1 Treppe, erteilt **unentgeltlich** Beitritts-Erklärungen, Zahlungen, Wohnungs-Anmeldungen usw. entgegen.

Das Arbeits-Nachweis-Bureau (ebenfalls Verspoel Nr. 6, 1 Treppe hoch) vermittelt **unentgeltlich** Stellen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (gewerbl. und kaufm. Arbeiter, Handwerkern, Dienstboten u.).

Von bedeutender, leistungsfähiger **Militairdienst-, Lebens- u. Renten-Vers.-Anstalt** ist die

Sub-Direktion

für Münster und Bezirk an einen **Herrn aus den ersten Kreisen mit Prima-Referenzen** zu vergeben. **Nichtfachleute bevorzugt.**

Geeignete Bewerber, die Caution zu stellen in der Lage sind, wollen gefl. Off. sub Z. J. 1074 durch ***Heinr. Eisler,*** **Berlin S. W. 19** einreichen.

Ein in Rheinland und Westfalen gut eingeführtes Fabrikgeschäft sucht einen tüchtigen

Reisenden

per sofort, eventuell schon zum 1. November cr., und zwar nur mit den Verhältnissen der Colonialwarenbranche und der Kundschaft beider Provinzen vertraute Persönlichkeit.

Nur Bewerber mit prima Referenzen finden Berücksichtigung und wollen ihre Angebote unter F. 7166 an die Geschäftsstelle dieses Blattes richten. 7166

Geschäft gleich welcher Art evtl. m. Grundst. od. Landbesitz gesucht. gef. Wilhelm Lass, Hamburg 4.

Bonifatius-Sammel-Verein,

Centralstelle Paderborn,

Zweig des Bonifatius-Vereins, [illegible] Briefmarken, Zigarrenabschnitte, Flaschenkapseln, Stanniol, gebrauchte Korken, Briefmarken, Metallabfälle, [illegible] und [illegible] Sammlungen, alte Gold- und Silbersachen, unbeschädigte Postkarten, [illegible] **für die verlassenen, körperlich und geistig notleidenden kathol. Kinder der großen Diaspora** [illegible] verwertet werden, und bittet daher um gütige Zuwendung derselben.

Besonders erwünscht sind **Geldbeträge.**

Hast du viel, so gib viel, hast du wenig, so gib auch von dem Wenigen gern. Die [illegible] Kinder werden es durch Gebete vergelten!

FEST-HALLE

Täglich 8½ Uhr:

Die neuen Spezialitäten,

außerdem **2 neue**

Tünnes-Burlesken.

I. Der taube Schwiegersohn.

II. Tünnes als Tanzhusar.

Freitag: *Elite-Abend.*

Zivilstand der Stadt Münster.
(Nachdruck verboten.)

Geburten: 6. Oktbr. T. d. Kutschers Jos. Ellenbeck. — 9. Oktbr. T. d. [illegible] Jos. Wegener. — S. d. Arbeiters Gerh. [illegible]. — S. d. Wagenführers Gerh. Wolbrauer. — 10. Oktbr. T. d. Schneiders Bernh. [illegible]. — T. d. Krankenpflegers Wilh. Berger. — 11. Oktbr. T. d. Gesch.-Führers Herm. Kock. — T. d. Stat.-Assistenten Karl Haig. — 12. Oktbr. T. d. Wagenmeisters Aug. Weber. — T. d. Vermess.-Technikers Karl Röder. — S. d. [illegible] Georg Wittmann. — 13. Oktbr. S. d. Büchsenmachers Herm. Bohne.

Aufgebote: 13. Oktbr. Invalidenrentner Otto Hedel u. Anna Winter, b. h. — Gerichtsschreiber Karl Kremer u. Plettenberg u. Klara Weber b. h. — 15. Oktbr. Polizist Herm. van Scherrel b. Brackfeld u. Ottilie Kinderhaus b. h. — Gergt. Aug. Frederking u. Johanna Nebelsieck, b. h. — Arbeiter Herm. [illegible] u. Auguste Schäl, b. h. — 16. Oktbr. Stadtsekretär Walter Reinholt u. Luise Uhlenbrock, b. h. — Sattler Karl Schröder u. Elis. Beckmann, b. h.